

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 27. März 1925

Nummer 13

INHALTSVERZEICHNIS

Rundgebung der Bundesausschüsse des ADGB, NA-Bundes und ADG.	E. D.
Wen hat die organisierte Arbeiterschaft als Reichspräsident zu wählen?	Erich Eichhorn
Abschluß eines neuen Manteltarifvertrags für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter des Reiches	* * *
Vom mittelalterlichen Städtebild zur modernen Gartenstadt	H. Seyfarth
Aus Politik und Volkswirtschaft * Beamte * Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter * Landstrafenwärter * Aus unserer Bewegung * Aus den deutschen Gewerkschaften * Internationale Rundschau * Rundschau Verbandszeit.	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 5105/06, 11944

Preuss. Klassenlotterie

In Sachsen und Hamburg genehmigt.

Ziehung 1. Klasse am 17. u. 18. April 1925.

Hauptgewinn im günstigsten Falle auf ein Doppellos:

Zwei Millionen Reichsmark.

1000 000 200 000

500 000 100 000

300 000 75 000

und sehr viele Mittelgewinne.

Jede Klasse der- 1/8 1/4 1/2 1 Doppellos
selbst Lospreis: 3.- 6.- 12.- 24.- 48.- RM.

Porto u. Gewinnliste 30 Pf. extra. Zahlung nach Empfang der Lose.
Gewisshafte Zusendung der Lose und Gewinnlisten.

Staatl. Lotterie-Einnahme

A. Bergemann, Berlin-Schöneberg

Postcheckkonto: Berlin 5667.

Martin Lutherstraße 60.

Die schlechten Zeiten

lassen sich bei einer guten Pfeife Tabak leichter ertragen. Nicht umsonst ist das Interesse für guten Rauchtabak jeoerzeit groß. Zahllose verwöhnte Raucher finden zu mäßigem Preis aber selten das Zusagende. Unnötig für gutes Kraut 4-6 Mk. anzuwenden. Unsere Spezialitäten: **Grünrock 0**, eine garant. Uebersce-Feinrippe u. Java-Blättermischung, zu der nur die ganz dünnen, geschältesten (nicht ge-sälzten) Rippen teurer Edeltabake, gemischt mit guten Java-Blättern Verwendung finden, mit Sorgho u. Sachkennnis zusammengestellt, bietet mehr wie manche dreifach teurere Marke. Leicht, volles, würzig, Aroma, u. ut. mild. Geschmack trock. bis zum letzten Rest brennend u. so bekömmlich, daß Sie 20 Pfeifen tägl. ohne Beschwerden rauchen dürfen. Spot billig! 9 Pfd. kosten 11,70 Mk. drei Haus. Weitere Spezialmarken: „Grünrock Einster“ 1,65 Mk., „Grünrock Zweister“ 2.- Mk., „Grünrock Dreister“ 3.- Mk., Auslese 3,50 p. Pfd. Auf Wunsch 1/2 g. Ziel. (Berufsangeb. nötig). Garantie: Zurücknahme! Gewaltig: Uebersce rippen 60 Pf., Feinrippe 80 Pf. p. Pfd. Groß. Lager abgelagert. Zigarren in jeder Preislage. Zigaretten aller Großfirmen zu Fabrikpreisen. Shagbake für jeden Geschmack, in allen Varietäten u. Schnittbreiten. Fordern Sie Preisliste. Alles frank Lieferung! Keine Verockungsberechnung! 1000 Bestellung. bedeut. bei uns 1000 lobend. Anerkennungen. Es gibt in Deutschland keine Bezugsquelle, wo Sie besser u. billig. kaufen. Wir kennen nur Lob seitens unser. Kundschaft, unter 100 000 Sendung. finden Sie keine Beunstandung, nicht ohne! Jede Bestellung vor dem 1. April bedeutet wegen der zu erwartend. Steuererhöhung eine ganz erhebl. Ersparnis. — Trampe & Schwartz, Tabak-Import u. Großhandel, Porta (Weser).

Reklamepreis nur 4 Mk.



echte deutsche Herren-Auhörer Nr. 92, stark vernickelt, ca. 30 stündiges Werk, genau reguliert, kostet nur 4,00 Mk.
Nr. 53 dieselbe mit Schwarz nur 4,50
Nr. 51 dies. echt verillert m. Goldrand u. Schwarz nur 5,00
Nr. 55 dieselbe mit braunem Werk nur 5,50
Nr. 58 mit Symph., ganz verillert nur 12,00
Nr. 39 Damend., verillert, mit Goldrand nur 7,50
Nr. 79 dieselbe, kleines Format nur 10,00
Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 18 K. nur 20,00
Metall-Uhrkapseln nur 0,25
Panzerkette, vernickelt 0,50 u., echt verillert nur 1,50
echt verillert 2,00 u. Stahlkettchen 1,50
Nr. 47 Armuhend., mit Kunst. Goldrand nur 8,00
Nr. 44 dieselbe, vierreihige Form mit braunem Werk nur 12,00
Wunder, prima Mechanik nur 3,20
Uhren-Klasse Berlin 24 Zessener Str.

Käse-MÖBEL auf Teilzahlung

Fabrik, Import
Großhandlung,
auch Paketversand zu
Original-Engros-
Preisen. Beamt 14
Tage Ziel. Preisliste
meiner 15 Käsesorten
umsonst. Käse ist
nahrhafter als Wurst
oder Schinken.

**Schlaf-, Herren-
u. Speisezimmer
Küchen, Klinkaritäten, Einzelmöbel**
in gediegener Qualität, noch billig
Möbelhaus BEISER
Lothringer Straße 67

C. Armbruster,

Käsefabrik,
Altstadt Nr. 6 (Holstein)
Gummi Saug.eich.hyg.
Art. Preis send gratis,
diskr. Versand. Pharm.
hyg. Industrie Medicus,
Berlin N 54, Holstenstr. 73
Gar. reiner
Bienen
Schleuder Honig
letzter Ernte, la Qual.,
festestes, unverfälscht.
Bienenprodukt, 10 Pfd.
Postdose 11 Mk. franko
Nachnahme.
IMKEREI REIMERS,
Quickborn (Heist.) 61.

Anerkannt beste Bezugsquelle für billige böhmische Bettfedern

1 Pfd. graue, gute, geschlief.
1,25 H., halbweiße 1,50 Mk.
weiße flaumig, geschlossene
2,25 u. 3 M., feinst. Halbflaum-
Herrschaftsfedern 4, 5, 6 M.,
1 Pfd. Rupffedern ungeschl.
mit Flaum gemengt, halb-
weiß 2,20 Mk., weiß 2,50, 3,25 Mk.; allerfeinster
Flaumrupf 4, 5 M.; Versand Zollfrei, gegen
Nachnahme, von 10 Pfd. an franko Um-
tausch gestattet, für Nichtpassendes Geld
retour. Ausführliche Preisliste gratis.
S. Neulich, Prag-Weinberge, Kramerlova
Nr. 26 791, Böhmen.

Hermann Engel, Berlin, Landsberger Straße 85-87

Das Neueste: Complets (Kleid mit 95 cm langer Jacke) 39.75
moderner, in sich gestreifter Stoff
Elegante Frühjahrs-Modell-Mäntel 69.00, 59.00, 49.00

aus reiner Seide gefüttert aus Mouliné, Rips u. Fantasiestoffen, neueste Formen u. erstklassige Qualitäten.

Lederl-Weiter-Mäntel doppelseitig zu tragen. 29,00, 19 ⁵⁰	Ottoman-Hausdoubelthortheider mit langem Kasack 25 ⁰⁰	Reinw. blau u. schwarz. Che- viotkostüm , ganz gefüt. 26,50 18 ⁵⁰	Kasack aus Kunstseidentrikot, entzück. Macharten 12,50, 8,00, 7 ⁰⁰
Eleg. Tuchmantel mit Knopf- und Besengarnierung 36,50 25 ⁵⁰	Reinw. Gabardinekleider , in all. Farb. 29,50, 24,50, 19,75 14 ⁵⁰	Donegal-Sportkostüme , ganz gefüttert 21 ⁵⁰	Pallover aus feinst. Wolle, bild- schöne Farbenstellungen 16,00, 14 ⁵⁰
Imprägnierte, reinwollene Gab- ardine-Mäntel , burburryartig 49,00, 39,00, 29 ⁰⁰	Cheviotkleider , reine Wolle, in hellen u. dunklen Farben, 12,50, 9 ⁰⁰	Herrenstoffe , 140 cm., in gedieg. Qualität Mtr. 12,50, 8,50, 5,00, 4 ²⁵	Toile de soie (Wachseide) in vielen Lichtfarben . . . Mtr. 27 ⁵⁰

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung, und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. :- Anskuft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung.

Teppiche, Läuferstoffe, Gardinen extra billig!

Elegante Herren- Anzüge , prima Schneider- arbeit, Ersatz für Maß, in nur guten, wollenen Stoffen Mk. 110,00, 89,00, 67,00, 54,00, 45 ⁰⁰	Die Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge. Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen. Verlangen Sie bitte meine illustrierte Frühjahrspreisliste!	Herren-Gummi-Mäntel in verschiedenen Fassons Mk. 29,50, 22,50, 16 ⁵⁰
Walter und Paletots , prima Schneiderar- beit, Ersatz für Maß, in nur guten, wollenen Stoffen Mk. 120,00, 104,00, 88,00, 75,00, 49 ⁵⁰		Herren-Beinkleider , gestreift, aus guten Stoffen Mk. 18,00, 16,50, 14,00, 8 ⁵⁰

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Verantwortlicher: Amt Marienplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollten Arbeiterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Kundgebung der Bundesausschüsse des ADGB, AFA-Bundes und AFB.

W

it dem Wiedererstarren der freien Gewerkschaften in den letzten Monaten regt sich nun auch neues Leben. Nachdem bereits in den einzelnen Verbänden die planmäßige Agitationsarbeit in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden konnte, die statutenmäßigen Rechte der Mitglieder wieder gesichert sind, den Unternehmern wieder entgegengetreten werden kann, wo es sein muß durch Streik, und auch auf dem Verhandlungswege teilweise Erfolge aufzuweisen sind bei der Wiedereroberung des Achtstundentages, haben die drei Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten am 18. März 1925 im Reichswirtschaftsrat eine Kundgebung über die brennenden wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit veranstaltet. Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, erinnerte bei seiner Eröffnungsrede an die Zeit vor 77 Jahren, wo Männer für die Freiheit kämpften und fielen, deren Werk auch die deutschen Gewerkschaften fortsetzen und vollenden müssen bis zur Entscheidungsschlacht für die Republik. In diesem Kampfe um Republik und Demokratie gegen soziale Unfreiheit und für soziale Gerechtigkeit muß alles daran gesetzt werden von den Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, um sich durchzusetzen.

Eine der brennendsten Fragen unserer Zeit ist die Wohnungsnot und so ist es erklärlich, daß die Gewerkschaften zu diesem Problem auch nach außen hin klare Stellung einnehmen müssen. — Dr. Wagner, Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, sprach über die

Stellung der Gewerkschaften zur Wohnungsfrage. Er wies auf den Artikel 155 der Reichsverfassung hin, der jedem Deutschen eine gesunde Wohnung verhessen habe. Dem steht gegenüber der Stillstand in der sozialen Wohnungspolitik, der sich besonders in letzter Zeit bemerkbar macht. Heute ist die Wohnungsnot arger denn je, und, nachdem sich die politischen Kräfte so verhalten haben, daß eine gemeinwirtschaftliche Lösung der Wohnungsfrage von dieser Reichsregierung nicht zu erwarten ist, muß alles daran gesetzt werden um den Wohnungsproduzenten, also dem organisierten Hausbesitzer, dem Unternehmer im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie gegenüber dafür zu sorgen, daß nicht das freie Spiel der Kräfte "wieder eintritt und jene die Herren im Hause werden. Auf unserer Seite kämpfen die Konsumenten, die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht für egoistische Zwecke, sondern für Recht und Moral. Sie sind auch bereit, Opfer zu bringen und selbst die unsoziale Hauszinssteuer hinzunehmen, wenn das Geld für das ganze Volk verwandt wird. Es muß ein Volkswohnungsgesetz geschaffen werden. Unmöglich ist auf die Dauer der Zustand, zwei verschiedene Mietätze einzuführen, einen für alte und einen für neue Wohnungen. Nach den Forderungen der Produzenten soll gar die alte Mietsätze mit der neuen in Einklang gebracht werden, so daß die Mietmieten von 5 Milliarden im Deutschen Reich auf bis zu 40 Milliarden gesteigert würden. Das ist aber eine Unmöglichkeit. Wir brauchen jährlich 250 000 neue Wohnungen, die überhaupt nicht auf dem Wege der privaten Produktion hergestellt werden können. Hier kann nur die gemeinwirtschaftliche Wohnungswirtschaft helfen. Darum muß die Hauszinssteuer ausschließlich für Neubaugelände verwandt werden. Es kann dann eine Reichswohnungsbank geschaffen werden, die für den Ausgleich zwischen den Gemeinden zu sorgen hat. Die großen Mittel sind notwendig im Inter-

esse der Gesundung des Baumarktes, aber auch des gesamten Volkes. Die öffentliche Wohnungswirtschaft muß wieder verstärkt und planvoll aufgebaut werden.

In der Aussprache trat der Vorsitzende des ADGB, Fallenberg, für eine energische Wohnungsreformpolitik der Gemeinden ein. Durchgreifende Besserung könnte allerdings nur durch die Bodenreform geschaffen werden, deren sich die Gewerkschaften mit ganzem Eifer annehmen müßten. Der zweite Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichel, wies darauf hin, daß die vielen hundert Millionen, die ungerechtfertigt an die Ruhrindustriellen gegeben wurden, besser zurückgefordert und an eine Reichswohnungsbank abgeführt werden müßten. An Stelle der unzureichenden Unterstützung für die Arbeitslosen kann durch Förderung des Wohnungsbaues den Erwerbslosen Arbeit verschafft werden. Vom AFA-Bund sprach Dr. Pirrmann gegen die Gefahr, daß man mit spekulativen Mietkasernen der Wohnungsnot bestimmen wolle.

Es wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die am 18. März im Reichswirtschaftsrat versammelten Bundesausschüsse des ADGB, des AFA-Bundes und des AFB, wenden sich mit allem Nachdruck gegen die von den Regierungen des Reiches und der Länder getätigten Wünsche des privaten Hausbesitzes, der Bodenspekulation und des privaten Baugewerbes nach Aufhebung der gebundenen Wohnungswirtschaft. Nicht die Aufhebung der die minderbemittelten Volksschichten schützenden gesetzlichen Bestimmungen, sondern ihr planvoller Ausbau zu einem neuen Volkswohnungsrecht muß das Ziel jeder das Volkswohl vertretenden Politik sein. Solange die Wohnungsnot besteht, ein reichensmäßiger Verkehr von Wohnungen nicht vorhanden ist, und zahllose Volksschichten in menschenunwürdigen Wohnungen leben, müssen die Bundesausschüsse der unterzeichneten Verbände verlangen, daß alle Kräfte der öffentlichen Organe darauf eingewirkt werden, neue Wohnungen für die minderbemittelten Volksschichten zu schaffen, daß insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung überhöhter Verkaufspreise ergriffen und die aus der Wohnungswirtschaft stehenden Steuerbeiträge nur einem sozialen Volkswohnungsbau im Sinne des § 155 der Reichsverfassung zugeführt werden.“

Eine interessante Beleuchtung der Steuervorlagen der Reichsregierung gab alsdann Genosse Tarnow, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Er verwies auf die merkwürdige Tatsache, daß der Steuerertrag in Deutschland um 2 Milliarden höher sein wird bei Abschluß des Rechnungsjahres als der Voranschlag. Aber die Einnahmen entspringen nicht dem Ueberfluß, sondern sie sind den Ärmsten des Volkes entzogen worden und sie haben zu einer Korruption der Wirtschaft geführt, wie das 700 Millionen Geschenk an die Ruhrindustriellen beweist. Anstatt eine Entlastung der unteren Schichten vorzunehmen und eine wesentliche Steuermilderung vorzunehmen, ist auch in den neuen Steuervorlagen der Grundjah aufgestellt: Schonung des Besitzes, Auslastung der großen Massen. Die Konzentration von Kapital wird weiter unterstützt, die Vermögenswachststeuer gestoppt und die sozial ungerechte Umlagesteuer beibehalten. Der Lohnsteuerertrag von 10 Proz. muß für Einkommen bis zu 4000 Mark wesentlich herabgesetzt werden. Statt dessen begründet man die Herabsetzung der Vermögenssteuer mit der schlechten „Steuermoral“ der Besitzenden. Bei der Lohnsteuer der Millionen Arbeitenden ist eine Steuerhinterziehung nicht möglich, während bei der Einschätzung der großen Einkommen auch nach Aussage der Regierung solche Steuerhinterziehungen ungeheure Dimensionen angenommen haben. Unter diesen Umständen werden die Gewerkschaften den Arbeitnehmern die gegenwärtige Art der Lohnsteuer nicht zumuten können. Aber auch die

anderen Steuern tragen stark antisozialen Charakter. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, was eine Rechtsregierung dem deutschen arbeitenden Volke zu bieten wagt, so sind es diese Steuervorlagen. Die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten erklären, daß sie es ablehnen, der Steuerpäckel dieser Rechtsregierung zu sein. Bei dem Finanzausgleichsgezet muß verlangt werden, daß das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden nicht den Lohn- und Gehaltsabzug umfaßt, sondern sich auf die veranlagte Einkommensteuer beschränkt. Die arbeitenden Massen müssen sich zum Kampf rüsten, denn im Hintergrund dieser Steuerreform stehen noch weitere Belastungen: die Erhöhung der Miete und die Einführung von Hochfußböden.

In der Aussprache wies Kurt Heinig auf die neuen Belastungen hin, die sich bei der Unterwerfung der Lieferungen öffentlicher Werte (Gas, Wasser, Elektrizität) unter die Umsatzsteuer ergeben werden. Es sprachen ferner Schmidt, Bergarbeiter, und Dr. Böller vom ADG. Die Entscheidung hierzu lautet:

Die Bundesräte des ADG, des A.V.-Bundes und des ADG nehmen mit Entrüstung von den Steuervorlagen der Reichsregierung Kenntnis. Sie erkennen darin die absichtliche Absicht, das Steuerrecht am arbeitenden Volke nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu vergrößern. Dem weit über den Haushaltsplan hinausgehenden Aufschwunnen aus Lohnsteuer und Abgaben vom Massenverbrauch sehen nur verhältnismäßig geringe Steuereinnahmen aus dem Beschäftigten und den großen Einkommen gegenüber. Nichtsdestoweniger schlägt die Regierung eine Steuerreform vor, die den Beschäftigten noch mehr entlastet, die Lohnsteuer mit unverschämten Herabsetzungen in bisheriger Höhe aufrechterhalten und den Massenverbrauch noch stärker belasten soll. — Gegen diese Absichten legen die Bundesräte des ADG im Namen der Millionen organisierter Lohn- und Gehaltsempfänger entschiedenen Protest ein. Sie fordern eine grundsätzliche Herabsetzung des gesamten Steuerwesens, die dem Staat an den Erträgen der privaten Wirtschaft eine direkte Beteiligung gibt. Sie verlangen die immer noch ausstehende Besteuerung der Inflationsgewinne und eine Rückzahlung der aus öffentlichen Mitteln kommenden Aufschlagsgewinne. Die Einhebung dieser Beiträge und die nach dem Stande der Steuereingänge mögliche und notwendige Herabsetzung der Gesamtsteuerlast gestalten es, die auf den unteren Einkommensstufen ruhenden Lasten zu verringern, ohne die Staatsfinanzen zu gefährden. Insbesondere fordern die Gewerkschaften die baldige Beseitigung der Umsatzsteuer. Für die Einkommensteuer verlangen sie eine merkbare Herabsetzung des steuerfreien Einkommensanteils und eine für die niedrigen Einkommen günstigere Staffelung des Tarifs. — Das System der Lohnsteuer bedeutet die Bestrafung eines einseitigen absoluten Zwanges zur Steuerzahlung für die Lohn- und Gehaltsempfänger, während die anderen, und namentlich die größeren Einkommen, sich der Kontrolle und Steuerzahlung in weitestem Umfange entziehen. Die Regierung schlägt nun eine weitgehende Herabsetzung des Steuertarifs für die größeren Einkommen vor, nicht aber auch stärkere Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehungen. Den Lohn- und Gehaltsempfängern kann aber nicht länger ein einseitiger Steuerzwang zugemutet werden, wenn nicht auch für die übrigen Einkommensverpflichtigten eine stärkere Ueberwachung eingeführt wird.

Der Sekretär des ADG, Spieß, referierte sodann über die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung.

In der Vorkriegszeit betrug die Zahl der Arbeitslosen etwa 2 Proz. Heute ist sie über 8 Proz. zu berechnen. Hinzu kommt, daß die Fluktuation der Arbeitslosen geringer ist, so daß dieselben Gruppen und dieselben Individuen stärker von der Arbeitslosigkeit erfaßt werden. Es mangelt auch noch immer an einer richtigen Verteilung der Arbeitskräfte. Hier muß die zentrale Arbeitslosenversicherung mit eingreifen. Es genügt nicht, die Erwerbslosen zu unterstützen, ihnen unzureichende Almosen zu geben, sondern wir müssen die Unterstützungsart grundsätzlich ändern. Die Bedürftigkeitsfrage muß überhaupt ausgeschaltet werden. Andere Länder, die uns darin bereits vorangegangen, wie z. B. England, tragen wesentlich stärkere Lasten. Will die deutsche Industrie aber keine sozialen Lasten, so muß sie sich gefaßt machen, wesentlich höhere Löhne zu zahlen, damit die Arbeiter für sich selber sorgen können, wie in Amerika. Die gesamte Arbeitslosenversicherung ist um etwa 4 Proz. der Lohnsumme zu sichern. Die Gewerkschaften fordern Schutz vor Erwerbslosigkeit, Selbstverwaltung und Zentralisation des Lastenausgleichs.

In der Aussprache wies Duanski vom Verband der Landarbeiter auf die notwendige Einbeziehung dieser Arbeitergruppen in die Versicherung hin. — Dr. Krone vom Wertmeisterverband zeigte die Notlage der Angestellten, von denen Hunderttausende vom Abbau betroffen worden und nur sehr schwer in andere Stellen unterzubringen sind, infolge fortschreitenden Alters usw. Grundsätzlich müssen alle Lohn- und Gehaltsempfänger der Versicherungsspflicht unterstellt werden mit einer Unterbindungsdauer von 26 Wochen. Der Gedanke, die Pflichtarbeit oder Notstandsarbeit in den Gesetzesentwurf hineinzubringen, ist für die Angestellten un-

diskutabel. — Silber Schmidt vom Baugewerksbund wies auf die viel zu niedrige Entlohnung der Notstandsarbeiter hin. Für Hand- und Kopfarbeiter muß auch hier der volle Tariflohn gezahlt werden. Es wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Wirtschaftspolitische wie sozialpolitische Erwägungen verlangen dringend, daß Deutschland schneller durch eine Arbeitslosenversicherung die Voraussetzungen für einen genügenden Arbeitlosenbeschäftigung schafft. Die auf Jahre hinaus unvermeidbar starken Schwankungen des deutschen Arbeitsmarktes machen seine systematische Bekämpfung durch zweckmäßig organisierte Arbeitsbeschäftigung möglich. Hierzu der notwendigen, vordringenden und sozialpolitischen Maßnahmen muß die Arbeitslosenversicherung sein, die alle Aufgaben organisatorisch zusammenfaßt. Die jetzige Erwerbslosensicherung kann diese Aufgaben nicht erfüllen. Trotz Beitragssteigerung ist es an das Prinzip der Armenpflege gebunden, da nur der „bedürftige“ Erwerbslose unterstützt werden soll. Dieses Prinzip führt unvermeidbar zu Ungerechtigkeiten und ist mit der Beitragspolitik unvereinbar. Die Arbeitslosenversicherung muß einen Rechtsanspruch auf die Unterhaltung haben, die die notwendige Lebenshaltung der Erwerbslosen deckt. Um die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben erfüllen zu können, muß die Arbeitslosenversicherung organisatorisch einheitlich und in enger Verbindung mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen durchgeführt werden. Verwaltung und Geschäftsführung müssen Aufgabe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sein. Reichs-, Länder- und Kommunalbehörden sind auf entsprechendes Aufsichtsrecht zu beschränken. Die durch die derzeitige Regelung der Erwerbslosensicherung geschaffenen Verhältnisse sind unerträglich. Sie verlangen die schnelle Schaffung eines Versicherungsgesetzes. Gegenüber der irreführenden Behauptung, daß eine Versicherung höhere Kosten verursachen und die Soziallast der deutschen Wirtschaft unerträglich steigern werde, muß darauf verwiesen werden, daß nach den bisherigen Erfahrungen bei einheitlicher Verteilung der Kosten auf die Gesamtwirtschaft ohne Beschränkung einzelner Betriebe und Betriebe die Versicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wesentlich geringer sein werden, als sie früher veranschlagt und bis Ende 1924 von der Wirtschaft bereits getragen wurden.

Als letzter Referent erörterte Aufhäuser, der Vorsitzende des A.V.-Bundes, die

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag.

In der Nachkriegszeit vermischen wir die tatkräftige Verteidigung des Achtstundentages durch die deutschen Sozialwissenschaftler. Wenn man den Herkner der Vorkriegszeit zitiert wollte mit seinen scharfen Argumenten für den Achtstundentag und zugehen muß, wie er heute in das Lager der Unternehmer abgewandert ist, so müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß wir in erster Linie auf die eigene Kraft angewiesen sind. Im Zeitalter der Maschine, wo die Mechanisierung der Arbeit nicht nur in der Industrie, im Handwerk, sondern auch in den Bureaus und in den Buchhaltungsarbeiten vordringt, gilt verstärkt, was früher über die Ermüdung der Arbeitskraft und die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit geschrieben worden ist. Wenn die Sozialpolitiker versagen, müssen die Gewerkschaften den Kampf allein aufnehmen. Dieser Kampf um den Achtstundentag ist gleichzeitig ein Kampf gegen die Reaktion. Aber es ist auch ein Kampf für den Fortschritt, denn die Förderung der Produktion im ökonomischen Sinne hängt zum Teil davon ab. Der Zustand ist auf die Dauer unmöglich, daß ein Teil der Arbeitnehmer überlastet, während der andere arbeitslos ist. Das Kapital verflüchtigt sich bereits wieder international gegen die Arbeiterschaft. Da wäre es kurzfristig, wollten nicht auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten international gegen die Ausbeutung vorgehen. Eine Grundlage für die Regelung der Arbeitszeit, die uns zwar nicht voll befriedigen kann, aber einen ersten Schritt bedeutet, bietet das Washingtoner Abkommen. Leider hat sich bis vor kurzem die deutsche Regierung ablehnend hierzu verhalten. Vertreter des Reichsarbeitsministeriums sprachen von einer Einmischung in die Souveränität. Die Souveränität des deutschen Volkes besteht aber in dem Willen der Massen, den Achtstundentag wieder zu gewinnen. Die deutschen Gewerkschaften haben gar keine Veranlassung, das, was die Unternehmer im November 1918 freiwillig zugestanden haben, aufzugeben. Sie werden es vielmehr mit allen Mitteln wieder erkämpfen müssen. Wir haben in Deutschland Wert darauf zu legen, daß bei der Neugestaltung der Arbeitszeitgesetze nicht zu viel internationale Verpflichtungen heringekommen werden. Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Reichsregierung macht sich hier besonders unheilvoll bemerkbar. Dabei werden die sachlichen Argumente auf die Luther-Regierung weniger Eindruck machen als die Kraft der Gewerkschaften. Falls die Regierung nicht auf den Wahnwitz der Arbeitnehmer hört, werden die freien Gewerkschaften durch einen Volksentscheid die Meinung der Bevölkerung feststellen.

In der Aussprache forderte Genosin Hanna eine stärkere Berücksichtigung der weiblichen Arbeiterschaft bei der Arbeitszeitgesetzgebung. Böbling vom ADG stellte fest, daß den Beamten gleich-

zeitig eine Verlängerung der Arbeitszeit zugemutet worden ist von der Reichsregierung, und daß die rechtsgerichtete Beamtenchaft sich selber schwer geschadet hat, indem sie dieser Regierung ihre Unterstützung bei den Wahlen gewährte. — **Dihmann** forderte ein Arbeitszeitgesetz, das den Achtstundentag unzweideutig festlegt. Es wird nicht eher Ruhe geben in der deutschen Wirtschaft, als nicht der Achtstundentag zurückerobert ist.

Die hierzu angenommene Entschliebung lautet:

„Die Bundesausschüsse des ADGB, des AFA-Bundes und des ADL hatten es aus futurischen, gesundheitlichen und nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen für dringend erforderlich, daß der durch die Verordnung vom 21. Dezember 1923 geführte achtstündige Normalarbeitszeit wiederum gesetzlich gesichert wird. Die gemeinsame Tagung der gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvertretungen verlangt daher von der Reichsregierung und dem Reichstag die beschleunigte Verabschiedung eines entsprechenden Arbeitszeitgesetzes in Verbindung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Die Gewerkschaften widersetzen sich der Absicht, mit Hilfe des Art. 14 des Washingtoner Abkommens für Deutschland ein Ausnahmestimmrecht zu schaffen und dadurch das internationale Abkommen über den Achtstundentag für Deutschland illusorisch zu machen. Eine weitere Vergrößerung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung wäre unerträglich und würde die gemeinsame Aktion der vereinigten gewerkschaftlichen Organisationen zur unmittelbaren Folge haben. — An die angeschlossenen Zentralverbände, an die bezüglichen und örtlichen Gliederungen der drei Bünde ergeht die Aufforderung, sich auf die Durchführung eines Volksentscheides vorzubereiten, dessen Einteilung unerzwinglich erlangen wird, sofern die geltenden Körperschaften dem Verlangen der Gewerkschaften sachlich oder zeitlich nicht zu entsprechen bereit sein sollten. Von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten wird erwartet, daß sie dazu beitragen, den Kampf um die Sicherung des Achtstundentages durch Opferwilligkeit und gewerkschaftliche Solidarität bis zum vollen Erfolge zu führen.“

Ein würdiges Schlusswort des Vorsitzenden des ADGB, **Falkenberg**, stellte fest, daß die Wirtschaft (d. h. die Schwerindustrie) nicht geringe Teile der Staatsmacht an sich gerissen habe. Wenn es so weiter gehen würde, möchten die Wirtschaftskapitäne der

konzernierten Industrien die ganze Staatsmacht monopolisieren. Wir haben lange nicht verstanden, den Etappenmarsch der Feinde rechtzeitig zu begreifen und aufzuhalten. Die Politisierung der Wirtschaft wirkt sich bis in alle Behörden aus. Dafür bietet auch die Reichsbahndirektion ein anschauliches Bild. In der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist die soziale Reaktion voran. Dagegen müssen Angestellte, Arbeiter und Beamte durch engsten Zusammenschluß Schulter an Schulter Stellung nehmen. Die freien Gewerkschaften verkörpern eine Macht, die stark genug ist, um alle Widerstände beiseite zu schieben.

Die Rundgebung der drei Spitzenverbände muß als ein Auftakt gewertet werden in den Kämpfen, die uns bevorstehen. Leider hat das deutsche Volk am 7. Dezember 1924 sich noch nicht klar genug für Demokratie und Republik, für Fortschritt und Sozialpolitik ausgesprochen. Die Reichspräsidentenwahl am kommenden Sonntag kann manches wieder gutmachen, was damals veräußert worden ist. Es gilt jetzt, den Kandidaten der Arbeiterchaft zu wählen und alles daranzusetzen, daß Rechtsblock und Bürgertum zurückgedrängt werden. Aber die politischen Vorgänge sind mehr oder minder nur ein Ausfluß der wirtschaftlichen Rückschläge. Darum liegt unsere Stärke in den freien Gewerkschaften. In dem Maße, wie sich die Organisationen festigen und für ihre Mitglieder wirtschaftliche und damit zugleich kulturelle Fortschritte erzielen, wird auch die Sicherstellung der Republik, der Fortschritt der Sozialpolitik in Deutschland gewährleistet. Gemiß haben wir eine Schlacht verloren, indem einem großen Teil der Arbeiterchaft der Achtstundentag im Dezember 1923 und in den nachfolgenden Monaten entzogen worden ist. Aber wir haben in Teilkämpfen bereits wieder manches zurückgeholt. Dieser Weg wird für alle Gewerkschaften auch in den nächsten Wochen und Monaten beschritten werden müssen. Unsere Organisation wird alles daransetzen, im Konzern der gesamten Gewerkschaften für Arbeiter, Angestellte und Beamte einzutreten für Achtstundentag und sozialen Fortschritt.

E. D.

Wen hat die organisierte Arbeiterchaft als Reichspräsident zu wählen?

In wenigen Tagen hat die Arbeiterchaft wieder die Pflicht, ihre Stimme zur Wahl eines neuen Reichspräsidenten abzugeben. Allzu früh schied der erste Reichspräsident von uns, der sich die Achtung der ganzen Welt und das Vertrauen der Arbeiterchaft in hohem Maße erworben hatte. Beweis dafür sind die Millionen, die ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte gegeben haben. Ein Sohn des Volkes ist Ebert auch geblieben als Reichspräsident. Aus der Arbeiterchaft hervorgegangen, hat er das Ziel, die republikanische Staatsform zu schaffen und zu erhalten, mit größter Energie bis an sein Lebensende durchgeführt. Ihn können wir es zum großen Teil verdanken, wenn jetzt das gesamte Volk das Recht hat, seinen Nachfolger zu wählen. Scharfe Kämpfe wurden von der Reaktion geführt, die bestehende Staatsform umzuändern und die selbige alte Zeit wieder aufleben zu lassen; jedoch hat die Arbeiterchaft unter Führung ihres Präsidenten alle derartigen Angriffe abzuwehren können. Jetzt ist wieder für die besiegene Klasse die Gelegenheit, die Staatsform zu unterhöheln. Das trampfische Bemühen der bürgerlichen Parteien, einen Sammellisten aufzustellen, läßt ihren Zweck genau erkennen. Ihr Versuch, die Arbeiterchaft hintanzustellen, ist jedoch mißlungen, ihre Einheitsfront ist gescheitert. Die Schwerindustrie und die Unternehmerverbände haben den Oberbürgermeister Dr. **Jarres** als Kandidaten aufgestellt. Die Jungdeutsche Landbewegung, der Offiziersbund, Bismarck, Stahlhelm und die Vereinigten Vaterländischen Verbände werden diesem „Vertreter“ des Volkes ebenfalls ihre Stimme geben. Ein Mann, aufgestellt vom Rechtsblock, der im Herbst des Jahres 1923 dabei war, die Reichseinheit zu zerlegen, der das Rheinland in seiner größten Not verlassen lassen wollte, soll uns als Präsident dienen. Die Bayerische Volkspartei hat, zum Vorteil für die Arbeiterchaft, einen eigenen Kandidaten, den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. **Held** aufgestellt. Das Schwerkrieg der Republik nach Bayern zu verlegen, hieße Auflösung der Reichseinheit, Auslieferung des Reichs an die Kirche. Das Zentrum hat den preussischen Ministerpräsidenten Dr. **Marg** ausgetoren. Der Abgeordnete **Thämann** ist von den Kommunisten auf den Schild gehoben. Damit wird die Zerpfitterung der Arbeiterchaft nach bisheriger Weise fortgesetzt. Das heißt die Macht der Arbeiterchaft schwächen und die Kraft der Schwerindustrie stärken. Denn die Kommunisten sind nicht in der Lage, genügend Stimmen aufzubringen, um ihrem Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Wer wäre nun würdiger als der frühere Mittkämpfer **Eberts**,

der ehemalige Ministerpräsident und Arbeiterführer **Otto Braun**, die Nachfolge des Verstorbenen anzutreten. Wir könnten das Andenken **Eberts** nicht besser ehren, wenn wir diesen Mann an die Spitze unseres Reiches stellen würden, der in demselben Sinne wie **Ebert** von frühesten Jugend an sich für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche des Kapitalismus eingesetzt hat. Nicht ein Jarres ist berechtigt, die Stelle des Staatsoberhauptes zu bekleiden, sondern ein Mann der Arbeiterklasse, der auf hoher Warte Hüter der Rechte der Arbeiterchaft sein wird. **Braun**, der unter schwierigen Verhältnissen hervorragend an der Organisation der Landarbeiter teilgenommen hat, der seine Fähigkeit als Staatsmann in jahrelanger jäher Arbeit als Ministerpräsident Preußens bewiesen hat, ist der geeignetste Kandidat, der für die Arbeiterchaft in Frage kommt.

Otto Braun ist geboren am 28. Januar 1872 in Königsberg in Ostpreußen. Er besuchte die Volksschule und war nachher Buchdrucker, Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Klassenführer der Ortskrankenkasse, Mitglied der Königsberger Stadtverordnetenversammlung. Er entfaltete eine umfangreiche Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet. Hierbei erwarb er sich hervorragende Sachkenntnisse in landwirtschaftlichen Fragen. 1913 wurde **Braun** preussischer Landtagsabgeordneter und trat auch dort energisch ein für die Landarbeiter und Kleinbauern gegen die erdrückende Mehrheit der Großgrundbesitzer. Diese Tätigkeit setzte er nach der Revolution als Landwirtschaftsminister fort, wodurch er sich die Feindschaft der Großgrundbesitzer besonders zuzog, die ihn als Minister gegen die Landwirtschaft beschimpften. Nach dem Kapp-Putsch wurde er Ministerpräsident in Preußen. Im Reichstag vertritt er seit Jahren den Wahlkreis Düsseldorf-West und ist ein guter Kenner der Verhältnisse im besetzten Gebiet.

Wenn wir uns klarmachen, daß die Wahl des neuen Präsidenten von großer Bedeutung für das Volk, vor allem für die Arbeiterchaft ist, da der Präsident für eine Amtsdauer von 7 Jahren gewählt wird, so kann man sich ein Bild davon machen, wie wichtig es für uns ist, dort einen zielbewußten Kämpfer hinzustellen, der im Sinne der Arbeiterchaft das höchste Amt verrichtet. Aus diesem Grunde macht die Schwerindustrie auch die ungeheuren Anstrengungen, den Präsidenten aus ihren Reihen zu stellen. Es wird ihr dann leichter sein, die Arbeiterchaft in Schach zu halten. Diese Absicht muß vereitelt werden: „Wir sind das Volk, uns gehört der Präsident.“ Die Entscheidung wird sich zwischen **Dr. Jarres** und **Braun** abspielen. Die anderen Kandidaten kommen

für den Sieg weniger in Frage. Die Schwerindustrie und Unternehmer — die Arbeiter, ist die Situation. Ein Kampf der Besitzenden gegen die besitzlose Klasse; darum Kolleginnen und Kollegen, am Wahltag die Pflicht erfüllt, damit der Sieg unser sei. Einig und geschlossen müssen wir uns am Wahltag zusammensinden und nicht unsere Stimmen Leuten geben, die keine Aussicht haben, gewählt zu werden. Unsere Stimme gehört dem Arbeiterkandidaten Braun, der die beste Aussicht hat, den Sieg zu erringen, und der in der Lage ist, Nützliches für die Arbeiterschaft zu leisten. Wenn wir alle Mann für Mann unsere Pflicht erfüllen, dann wird uns der Sieg gewiß sein. Der erste Präsident hat uns Rechte gesichert, aber Rechte gebieten Pflichten. Die jetzt vorliegende Pflicht müssen wir getreu dem Andenten Eberts erfüllen, dann werden wir mit Stolz auf den ersten Präsidenten der Arbeiterschaft und der Republik zurückblicken können und sagen: „Der Mann ist gefallen, aber das Banner steht.“

Dehalb gehe jeder zur Wahl und gebe seine Stimme dem Kandidaten der Arbeiterschaft Braun. Wir werden dann weiterhin ein Bollwerk haben, auf das sich die Republik stützen kann, wir werden nach schwerer Zeit wieder einen Sieg über die Reaktion an unsere Fahne heften können.

Erich Eichhorst.

Abchluss eines neuen Manteltarifvertrags für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter des Reiches.

In den seit Monaten sich hinziehenden, mehr als 20 tätigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium ist es endlich gelungen, einen neuen Manteltarifvertrag für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter des Reiches zustande zu bringen.

Die alten, von der Regierung gekündigten Tarifverträge waren gut, aber noch lange nicht so vollkommen, wie wir es gewünscht hätten. Aber selbst diese nach unseren Begriffen noch mangelhaften Tarifverträge waren der Regierung Luthrer erträglich zu sozial-fortschrittlich und sollten daher, wahrscheinlich nicht zuletzt unter dem Druck der Privat-Industrie und der Reichsbahngesellschaft, eine Verschlechterung erfahren. Die der Organisation im Anschluss an die Kündigung überreichten Verschlechterungsanträge sind ein schlaender Beweis für die soziale Reaktion, die sich in den deutschen Ministerstufen im Laufe der letzten Jahre wieder breit gemacht hat. Wäre es in diesem Augenblick nur auf die Regierung angekommen, den Reichsarbeitern wäre es sehr schlecht dabei ergangen. Wenn nun, wie wir in den weiteren Ausführungen sehen werden, trotzdem wieder ein Tarifvertrag zustande kam, der im Rahmen der allgemeinen Tarifverträge als halbwegs günstig bezeichnet werden kann, wobei es gelang, neben einigen Verschlechterungen, die in Kauf genommen werden mussten, auch namhafte Verbesserungen durchzudrücken, dann ist das letzten Endes nur der

Fähigkeit unserer Organisation zu danken. Und wenn jetzt draußen von einigen überschuldenen Verwaltungsinpektoren und Direktoren manchmal der Ansehen erweckt wird, als seien die im neuen Tarifvertrag enthaltenen Verbesserungen auf das Konto der jetzt amtierenden deutsch-nationalen Regierungsmänner zu setzen, so wollen wir den Herrschaften, die mit derartigen Phrasen hauffieren gehen, sagen, daß das nichts anderes als haltlose Behauptungen sind, hinter denen kein wahres Wort steht, sondern die lediglich ausgestreut werden, um den Arbeitern ihre gewerkschaftliche Organisation zu verleiden. Gewiß mag es hier und da manchmal noch Dumme geben, die auf solche Dinge hereinfallen. Denen ganz besonders und unseren Kollegen im allgemeinen gegenüber muß aber mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß dieser Tarifvertrag, der jetzt in Geltung tritt, das Ergebnis eines monatelangen zähen Ringens um jeden einzelnen Paragraphen ist.

Es dürfte sich empfehlen, zum besseren Verständnis für unsere Kollegen noch einmal ganz kurz die wesentlichen Verschlechterungsanträge, die der Regierungsentwurf enthielt, dem jetzt erzielten Verhandlungsergebnis gegenüberzustellen.

Die Regierung forderie:

In den sozialen Bestimmungen die Herabsetzung der Lohn'ortzsh-lung in Krankheitsfällen auf 70 Prozent des Lohnes unter Einschaltung einer Karenzzeit von 7 Tagen.

Der Urlaub sollte betragen: nach einer Dienzeit von

1 Jahr	3 Kalendertage
2 Jahren	6 " "
5 "	9 " "
10 "	12 " "
15 "	15 " "

Für die nicht vollbeschäftigten, d. h. unter 42 Stunden pro Woche beschäftigten Personen sollte der Urlaub in den unteren Stufen überhaupt gekrichen und auch sonst wesentliche Verschlechterungen eingeführt werden.

Die Kinderzulagen sollten nur noch für insgesamt 3 Kinder gezahlt werden.

Neben diesen Errungenschaften gelang es der Verhandlungskommission, noch eine Anzahl Verbesserungen zu erreichen. So erhalten zum Beispiel für die Zukunft alle Arbeiter, die an einem dienstfreien Sonntag zur Arbeit herangezogen werden, einen Zuschlag von 60 Proz. des Lohnes. Der Frauenzuschlag wird

Bei der Verhandlung wurde erreicht:

Der Lohn muß im Krankheits-falle in der Weise weitergezahlt werden, daß ein Arbeiter nicht weniger an Fortbetrag ausgezahlt erhält, als er erhalten würde, wenn er arbeitet, und zwar auf die Dauer von 12 Wochen im Höchstfalle.

Der Urlaub beträgt nach einer

Dienzeit von	
1 Jahr	6 Kalendertage
5 Jahren	9 " "
8 "	11 " "
10 "	14 " "
15 "	18 " "

und nach 15 Jahren und einem Lebensalter von über 40 Jahren 20 bzw. 21 Kalendertage.

Es bleibt alles beim bisherigen Zustand, nur wird anfang der Worte „Vertage“ „Kalendertage“ steht.

Es bleibt beim alten Zustand, für jedes 6. Kind wird ein Kinderzuschlag gewährt.

Vom mittelalterlichen Städtebild zur modernen Gartenstadt.

Von Ad. Seyfarth, Wiesbaden.

Wotto: Das Alte stirzt und neues Leben blüht aus den Ruinen

Eng aneinandergeschmiegt die Häuser, enge und krumme Straßen mit zahlreichen Türmen geschmückt, umgeben von Mauern und Wällen, nach außen abgerundet, als Mittelpunkt der Dom mit dem mächtigen Turm, umgeben von den Türmen der Kirchen; diese wiederum umgeben von einem Kranz von Türmchen und Zinnen der Mauer, so zeigt sich uns ein vollendetes harmonisches Stadtbild. Es ist das Stadtbild des 16. und 17. Jahrhunderts.

Geschaffen von Menschen, die erfüllt sind von einem einheitlichen Willen und Wollen. Fast ganz ohne soziale Kämpfe, mit klarer religiöser Weltanschauung, getragen von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit. Es ist die Zeit der Zünfte. Alles atmet Ruhe und Beharrlichkeit.

Im Gegensatz hierzu steht das Stadtbild des 19. Jahrhunderts. Geschleift sind Mauern und Wälle. Weit hinaus ins Land frecken sich die Arme der sich mächtig ausstehenden Städte. Neue Gebäude treten in Erscheinung, Bahnhöfe, Messgebäude, große Lehr- und Forschungsinstitute, Theater, Tonhallen Große und breite Straßen vermitteln den stark flutenden Verkehr.

Wenn man sagt, der Mensch sei ein Produkt der jeweiligen Verhältnisse, so sind auch die Städte das Produkt der jeweiligen Menschheit. Und wirklich: Eine neue Menschheit tritt uns in Erscheinung. Der Kunstmaler geht von der bis jetzt vorherrschenden Kirchenmalerei zur Landschaftsmalerei über. Der Dichter schweigt vom Himmel und ewiger Seligkeit. Er preist an deren Stelle die Schönheit der Natur. Fortwährend auftretende Volksleichen veran-

lassen den Volkshygieniker, den Ruf zu erheben: Schafft Licht und Luft, bringt Sonne in die Städte.

Neue Philosophen treten auf, reden und schreiben von einem Leben mit Tod ohne Auferstehung. Der Ruf: „Zurück zur Natur!“ findet Widerhall in Millionen von Herzen.

Immer größer wird die Zahl jener, die mit geradeaus gerichteten Augen und denkendem Hirn hinauswandern, um in dem großen Buch der Natur zu lesen. Vorbei ist die Zeit, wo mit dem Lied „Wo findet die Seele die Heimat, die Ruh“ in Massen das Volk zum fernen Wallfahrtsort zieht, gekommen die Zeit, wo die Jugend mit Sang und Klang zu jeder Jahreszeit hinauszieht, um mit vollen Zügen aufzunehmen, was Sommer und Winter, Frühling und Herbst so vielfältig zu bieten vermögen. Und was jene lachten, hier offenbart sich dem Wanderer. Hier ist die Heimat, hier findet die Seele Schönheit, Freude und Ruhe.

Es ist dies die Zeit, wo in Millionen der Wunsch nach wird, so ein Stück Natur hinein zu zaubern in das Häusermeer der Städte. Ja, man geht noch weiter. Man wünscht sich selbst noch im Lode eine Ruhestätte unter Bäumen und Blumen. Es ist dies die Gründungszeit unserer städtischen Anlagen und Friedhöfe.

Ein neues Jahrhundert beginnt, mit ihm ein Drängen und Treiben auf allen Gebieten. Auch die Gartenanlagen, die in ihren Grundzügen nur dem Auge etwas bieten könnten und auf streng berechneten Bänken zur Ruhe einladen. Solche Anlagen konnten wohl den zur Ruhe und Behaglichkeit neigenden „Alten“ befriedigen, jedoch nicht die nach Betätigung drängende Jugend. Laut und eindringlich erschalle der Ruf: „Gebt uns Sport, und Spielplätze!“ Die einschichtigen Stadtverwaltungen erkannten die Berechtigung dieser Forderung im Interesse einer körperlichen und geistigen Erziehung der Jugend an und schufen Sport- und Spielplätze, die ihren Höhepunkt in den großzügig angelegten Stadien erreichten. Durch ihr anerkanntes Vorgehen wurden andere Stadt-

allen vollbeschäftigten Arbeitern, soweit sie eine 24stündige Wochenarbeitszeit leisten, gewährt, außerdem auch Witwen, wenn sie in ihrem Haushalt für den vollen Unterhalt von Kindern aufkommen, für die noch Kinderzuschläge gezahlt werden.

Einen besonderen Erfolg bildet das neue Lohngruppenverzeichniss, das von 7 auf 5 Lohngruppen beschränkt wurde und wobei es gelang, in der Eingruppierung eine ganze Anzahl Kollegen höher aufzusteigen. Daneben wurde auch noch erreicht die Höhergruppierung einiger Orte, die seither besonders schlecht bedacht waren; vor allem die Inseln und die Truppenübungsplätze.

Außerdem war es der Verhandlungskommission möglich, die von unsren Kollegen schon häufig gewünschte Dienstalterszulage zur Einführung zu bringen. Es erhalten für die Zukunft alle über 3 Jahre beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter eine Dienstalterszulage von 2 Pfennig pro Stunde, die sich nach 6 Dienstjahren auf 4 Pfennig pro Stunde erhöht.

Schließlich haben wir mit dem Neuabschluss des Tarifvertrages auch noch die Lohnfrage verknüpft, und auch da gelang es, eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 Pfennig pro Stunde für alle über 24 Jahre alten Arbeiter zu erreichen, die sich für die anderen Arbeiter nach dem Lebensalter prozentual abstuft.

Ohne die Organisation wäre es nie und nimmer möglich gewesen, diesen Tarifvertrag zustande zu bringen, und die Kollegenschaft wäre wieder zum Spielball der Vorgesetzten geworden, wie es in der Vorkriegszeit der Fall war. Nun gilt es aber auch, das Erreichte zu halten und weiter auszubauen. Das ist aber nur möglich, wenn endlich die Gleichgültigkeit, von der leider ein Teil der Reichs- und Staatsarbeiter noch immer befallen ist, abgelegt und der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation von den Kollegen gefunden wird. Heraus aus der Unerschlossenheit und Zaghaftigkeit und hinein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

das das Auskommen der Nicht-Lohn- und Gehaltsempfänger gar nicht mehr dazu notwendig ist. Von Monat zu Monat mit einer einzigen Ausnahme ist fortgesetzt eine gesteigerte Einnahme aus der Lohnsteuer erzielt worden. Im April 1924 erbrachte sie 79,5 Millionen, im Januar 1925 126 Millionen. Der Steuerfiskus hat also ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Lebenshaltung den Lohn- und Gehaltsempfängern das bishere, was sie sich an Löhnen im Laufe des Jahres erkämpft hatten, weggekauert. Das ist sozial und steuerrechtlich ein unerträglicher Zustand. Unser Antrag hat den Zweck, diesen Zustand zu beseitigen. Auch das Organ Egerwalds, „Der Deutsche“, hat u. a. geschrieben, daß ein Etat, der zu 45 Proz. aus Verbrauchs- und Lohnsteuern gedeckt werde, auf die Dauer eine Unmöglichkeit sei. Wir hoffen, daß das Zentrum daraus die Konsequenzen bei der Abstimmung ziehen wird. Im Anschluß hat der Staatssekretär Dr. Popitz dargelegt, wie sich die zukünftige Finanzgestaltung des Reiches in der Steuergesetzgebung aufbauen soll. Das Finanzministerium will sämtliche Kapitalsteuern abbauen, es denkt dagegen nicht daran, die Freigrenze der Klassen der Lohn- und Gehaltsempfänger heranzuziehen. Der Staatssekretär erklärte damals, daß der sozialdemokratische Antrag, die Freigrenze von 60 auf 100 Mk. festzusetzen, einen Steuerausfall von 600 Millionen bedeuten würde, den das Reich jetzt nicht tragen könne. Was hätte das Finanzministerium gemacht, wenn nicht die 1,5 Milliarden ausgefallen wären? Bei der Einkommensteuer haben wir es mit einer Ueberspannung der Steuerkraft unseres Volkes zu tun. Ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen wird von dem, was einer mehr als 60 Mk. verdient, Einkommensteuer erhoben. Die 600 Millionen, die Herr Popitz als Ausfall errechnet hat, werden der Kaufkraft der breiten Schichten unseres Volkes entzogen. Das geradezu grausame Unrecht der heutigen Lohnsteuer besteht darin, daß man ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn- und Gehaltsempfänger das ganze Jahr in Arbeit steht, ihn in dem Augenblick zur Einkommensteuer heranzieht, wo er über die Freigrenze hinaus verdient hat. Wir wollen mit unserem Antrag dieses Unrecht beseitigen, und wenn Sie Verständnis für das soziale und steuerliche Unrecht haben, das im gegenwärtigen Einkommensteuersystem vorhanden ist, werden Sie unserem Antrag zustimmen.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen: Die Einkommensteuer steigt zu 90 Proz. den Ländern zu. Wird der Antrag angenommen, so werden die Einnahmen der Länder und Gemeinden so beschränkt, daß sie ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Die Landesregierungen würden daher genötigt sein, im Reichsrat den Beschluß zu fassen, daß gegen diesen Sozialanspruch erhoben wird.

Abg. Dr. Herz (So.): Wir bebauern die Erklärung der Reichsregierung. Sie zeigt klar, daß sie sich nicht mehr an die Versprechungen gebunden erachtet, die in der offiziellen Erklärung der Reichsregierung abgegeben worden sind. Das Reichsfinanzministerium sieht der ständig steigenden Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger ruhig zu. Das Entschwebende ist, daß die Lohnsteuer nicht nur größere Erträge bringt, weil die Zahl der Erwerblosen oder der Kurzarbeiter zurückgeht oder weil etwa die Löhne gestiegen sind, sondern vor allem deshalb, weil der Prozentsatz, der auf dem Lohn als Steuer ruht, außerordentlich stark angewachsen ist. Wenn unser Antrag erst dem Steuerausgleich überwiegen wird, so bedeutet das, daß die Lohnsteuer in einer zu Unrecht herauf-

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Die Lohnsteuer muß ermäßigt werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, in der Steuernotverordnung den steuerfreien Lohn- und Gehaltsbetrag von 60 auf 100 Mark zu erhöhen. Darüber kam es am 19. März zu einer Aussprache, aus der wir folgendes wiedergeben:

Abg. Weier-Baden (So.): Wir müssen zunächst feststellen, daß 11 Monate des Etatsjahres 1,5 Milliarden mehr an Steuern erbracht haben, als im Gesamtetat für 12 Monate vorgesehen war. Bei Präzisionen des Etats ergibt sich, daß Lohn- und Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern nahezu reiflos den Ueberschuß liefern. Wenn wir den Monat März noch hinzunehmen, so werden wir feststellen können, daß allein die Lohnsteuern den Etat der Einkommensteuer decken dürfen und

gemeinden zum gleichen Tun veranlaßt. Zur Mitte des 20. Jahrhunderts dürfte es wohl keine größere Stadtgemeinde mehr geben, in der Stadion, Sport- und Spielplätze nicht eine beachtenswerte Fläche einnehmen.

Bereits in dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bildeten sich die bekannten Schrebergärtenanlagen. Aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts erschall hier so eindringlich der Ruf des kleinen Mannes nach einem Stüchden Land, daß sich die Stadtgemeinden zur Errichtung von Kleingartenämtern und Hergabe von Land entschließen mußten. Der Zustand dieser Kolonien ist leider so, daß der Garten des einzelnen Kolonisten selten befriedigen kann, das Gesamtbild der Kolonie aber als ganz unbefriedigend bezeichnet werden muß. Hierin Wandel zu schaffen, erscheint in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Anlagen dringend geboten.

Sonne, Licht und Luft den Kranken, Erholungsbedürftigen, den in Fabriken und Bureaus arbeitenden und in dumpfen Wohnungen schmachtenden Menschen war ein ebenso lauter und berechtigter Ruf, ihm mußte Erfüllung gebracht werden. Licht-, Luft- und Sonnenbäder entstanden.

Fürwahr eine Fülle neuer Gedanken und Wünsche, deren Erfüllung eine Summe von Arbeit und Erfahrungen erforderten. Diesen Anforderungen waren die auf Erbauung und Unterhaltung von Straßen eingestellten Straßenbauverwaltungen nicht mehr gewachsen. Galt es doch hier, all die genannten Anlagen, je nach ihrem Zweck mehr oder weniger mit „lebenden“ Materialien auszustatten. Dies erforderte eben ein besonders geschultes Personal. Die Gartenbauverwaltungen entstanden.

Aller Voraussicht nach wird das 20. Jahrhundert einen Stillstand in der Ausbreitung der Städte bringen. Dann gilt es die Grenzen zu ziehen, aber nicht mit Mauern und Wällen — — —

Ziehen wir an einem Sonntag hinaus ins Freie. Unser Weg geht durch ein liebliches Wiesenthal, von einem mit einem häßlichen

Gartenzaun umgebenen Grundstück wird es jählings durchschnitten. Oder wir gehen durch blühende Obstgärten und stoßen unerwartet auf einen großen Stapelplatz. Wird hier nicht in brutaler Weise die Schönheit der Natur zerstört? Fühlt sich das schönheitsdürstende Auge nicht beleidigt und unser Sinn bedrückt? Wir wandern weiter, ein herrlicher Wald nimmt uns auf und in beschaulicher Ruhe genießen wir den Sonntag. Die scheidende Sonne winkt zur Heimkehr. Wir schlagen einen anderen Weg ein, um von einer Anhöhe aus die Stadt in ihrem ersten Abendglanz zu erschauen. Aber je mehr wir ihr uns nähern, um so ungepflegter werden die zu unserer Seite liegenden Felder und da, von wo aus wir noch einen letzten Blick zurück über unsere heutige Wanderung werfen und die Stätte unseres Schaffens und Wirkens überschauen, liegen kümmerliche Aecker. Unsere Gedanken werden unangenehm geführt und man erinnert sich jenes alten Stadtbildes, wo noch kein Gartengrundstück das liebliche Wiesenthal durchschneidet und die Anhöhe selbst mit würzigem Nadelholz bestanden war. Wack wird in uns der Wunsch, all die lieblichen Täler, anmutigen Höhen mit einzubeleben in den Kulturbereich der Städte und ihnen ihre alte Schönheit zurückzugeben oder zu erhalten.

All diese Wünsche und Bedürfnisse nach Möglichkeit zu erfüllen, unsere Städte mit Bäumen und Blumen zu schmücken, unsere Sport- und Spielplätze würdig auszugestalten, unsere Licht- und Luftbäder sowie die Schrebergärtenkolonien schön und zweckentsprechend zu gestalten, die nähere Umgebung der Städte mit landschaftlicher Schönheit zu erfüllen und dem Menschen selbst eine letzte würdige Ruhestätte zu bereiten, das sind die Aufgaben der städtischen Gartenverwaltungen.

Von Bäumen beschattete Straßen, mit Blumen geschmückte Plätze, zum Sport, Spiel und zur Erholung einladende Anlagen, umgeben von Wiesen und Wäldern, so muß das Stadtbild noch des 20. Jahrhunderts werden.

geschraubten Höhe noch auf viele Monate hinaus erhoben wird. Bei den Veranlagungspflichtigen ist ohne weiteres die Möglichkeit gegeben, die durch Vorauszahlungen zuviel erhobenen Beträge bei der endgültigen Berechnung anzurechnen. Bei der Lohnsteuer ist das nicht der Fall. Wir haben technisch keine Möglichkeiten, rückwirkend eine Senkung der Lohnsteuer in Kraft zu setzen. Der Einwand, daß die Länder und Gemeinden durch die Senkung der Lohnsteuer in Schwierigkeiten kommen, ist nicht stichhaltig. Die Lohnsteuer bringt aber Erträge hohe Erträge, mit denen auch die Länder nicht rechnen konnten und auf die sie keinen Anspruch haben. Ihnen solche Erträge auf ewig garantieren zu wollen, das heißt doch, daß die Lohnsteuer überhaupt nicht ermäßigt wird, weil die Länder und Gemeinden auf diese Erträge angewiesen sind. Unser Antrag liegt dem Reichstag bereits seit fast drei Monaten vor. Die sozialdemokratische Fraktion hat mehrfach den Versuch gemacht, die Regelung dieser Frage durchzusetzen, sie hat dabei keine Unterstützung gefunden. Auch das Reichsfinanzministerium hat in seinen Steuerplänen nicht einen einzigen Vorschlag über die Senkung der Lohnsteuer gemacht.

Abg. Dr. Scholz (Dsp.): Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag ganz selbständig neben das Gesetz gestellt und dann dem Steuerauschuß überwiesen wird.

Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) nimmt grundsätzlich dem sozialdemokratischen Antrag zu. Der Steuerauschuß solle sich damit beschäftigen.

Abg. Reil (Soz.): Wir sind der Meinung, daß die Ermäßigung, über die im Reichstag eine Uebereinstimmung zu erzielen ist, mit dem 1. April in Kraft treten muß. Das kann ohne große technische Schwierigkeiten ermöglicht werden. Erinnern wir uns doch, daß in der Zeit der Inflation von Woche zu Woche immer in einer Frist von einigen Tagen Änderungen in der Höhe dieser abzugsfähigen Lohnsteile vorgenommen worden sind. Wenn das damals in so kurzen Fristen möglich war, dann wird es auch jetzt in einer Frist von 10 bis 12 Tagen möglich sein, die Vorbereitungen zu einer veränderten Berechnung der Lohnsteuer zu treffen. Wollen wir dieses Ziel aber erreichen, dann muß die sofortige Weiterführung des Antrags an den Ausschuß erfolgen.

Der Antrag wurde dann dem Steuerauschuß überwiesen. Das heißt also, man wird das Steuerrecht weiter ausüben!

Beamte

Die Dienstzeit der Reichsbeamten wird durch folgenden Kabinettsbeschluß neu geregelt:

„Die im Hinblick auf die Lasten des Reiches über die Dienstzeit der Reichsbeamten für die Zeit bis zum 31. Dezember 1925 getroffenen Beschlüsse werden vorläufig wie folgt gemildert: Die Dienstzeit kann auf 51 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden, soweit dies ohne erhebliche Mehraufwendungen möglich ist. Unberührt bleiben die allgemeinen Grundsätze über die Verpflichtung des Beamten, die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig ohne Rücksicht auf die allgemeine Regelung der Dienststunden zu erledigen, und über die Erhöhung der Dienstzeit bei bloßer Dienstbereitschaft. Die Reformminister treffen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.“

Zudem sind die Ministerien ermächtigt worden, in allen Städten mit über 200 000 Einwohnern die ungeteilte Dienstzeit wieder einzuführen. Das Nähere hierüber veranlassen die Ressorts. Mit dieser Neuregelung ist ein kleiner Schritt zur Wiederherstellung erträglicher Verhältnisse für die Beamten getan worden. Selbstverständlich können wir die Herabsetzung der Wochenarbeitszeit um drei Stunden nur als eine Abschlagszahlung auf unsere Forderung der Wiedereinführung der 48stündigen wöchentlichen Höchstarbeitszeit betrachten. Auch der neue Kabinettsbeschluß spricht lediglich davon, daß die wöchentliche Dienstzeit auf 51 Stunden herabgesetzt werden kann und macht auch diese Herabsetzung davon abhängig, daß keine „erheblichen Mehraufwendungen“ entstehen.

Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Betriebsrätewahlen im Bereiche des preußischen Finanzministeriums und des Ministeriums des Inneren. Am 28. und 29. März finden die Wahlen der örtlichen und der Bezirksbetriebsräte, sowie des Hauptbetriebsrats statt. Für den Hauptbetriebsrat wurde unter Wahrung unseres alten Besitzstandes eine gemeinsame Liste mit dem AFA-Bund aufgestellt. Damit steht zu hoffen, daß es diesmal gelingt, sämtliche Sitze für die einheitliche freigewerkschaftliche Liste zu erobern. Ein Flugblatt ist bereits allen in Frage kommenden Filialen zugegangen; Stimmzettel werden den Wahlvorständen von den in Frage kommenden Verwaltungen geliefert. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß niemand der Wahl fernbleibt, damit die Liste I, Arbeiter und Angestellte A D S B. und A F A B und, mit übergroßer Majorität gewählt wird.

Freistaat Sachsen. Wie aus vielen Anfragen bei der Gauleitung Dresden hervorgeht, sind unter den sächsischen Staatsarbeitern (Verwaltungsarbeitern) irrtümliche Auffassungen über den Bericht in Nr. 9 der „Gewerkschaft“ über den bevorstehenden Neuabschluß des Reichsarbeitervertrages entstanden. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß dieser Tarifabschluß nur die Reichsarbeiter

betrifft. Auf die tariflichen Abmachungen für die sächsischen Staatsarbeiter (Verwaltungsarbeiter) hat das keinerlei Eintrag. Für die sächsischen Staatsarbeiter (Verwaltungsarbeiter) gilt nach wie vor der Manteltarifvertrag vom 4. April 1922. Dieser Manteltarifvertrag gilt noch bis zum 31. März 1926. Für die sächsischen Staatsarbeiter gelten nach wie vor die bisherigen Urlaubsbestimmungen weiter, es verbleibt ferner nach wie vor unverändert bei der täglich achtstündigen Arbeitszeit und es bleiben nach wie vor die bisherigen Bestimmungen über die Lohnsatzung in Krankheitsfällen im vollen Umfange in Kraft. Für die Lohnregelung gilt der Lohnarifvertrag vom 1. Juli 1924, und die Höhe der Wochenlöhne sowie derbaren Monatslöhne für das hauswirtschaftliche Anstaltspersonal, sowie die Höhe der Ehefrauen- und Kinderbeihilfe ist aus den beiderseitigen sächsischen Lohnstufen ersichtlich. Die Mitglieder der Betriebsräte und die Betriebsobmänner machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung des Ministeriums vom August 1922 alle für die Gesamtheit der Arbeiter geltenden Verordnungen in je einem Stück der Betriebsvertretung auszuhändigen ist. Die Betriebsräte und Betriebsobmänner müssen nach dieser Verordnung von ihrer vorgelegten Dienststelle die jeweiligen Lohnstufen und Tarifverträge ausgehändigt bekommen. Bei der Gauleitung in Dresden sind ebenfalls noch Manteltarife vom April 1922 sowie Lohnarife vom 1. Juli 1924 zu haben. Wir ersuchen, dies zu beachten. Im übrigen werden von der Gauleitung aus alle wichtigen Verordnungen usw. den Vertrauensmännern durch Rundschreiben wie bisher mitgeteilt werden.

Borkum. In der gutbesuchten Versammlung der Reichsarbeiter am 11. März im Dorfhof gab Gauleiter Kollege Reumann-Bremen den Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen, die nunmehr soweit gediehen sind, daß der Tarifvertrag zum Abschluß kommen kann. Die Verschlechterungsanträge des Reiches sind zum größten Teil abgewehrt worden. Einige Verbesserungen wurden erzielt, so daß der soziale Inhalt des Vertrages seinem Verläufer gleich kommt. Die Verhandlungen über die Löhne sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Auf Grund der Vorschläge des Reichsfinanzministeriums soll das Lohnberechnungsverfahren auf einer neuen Grundlage aufgebaut werden. Hierfür würde zukünftig maßgebend sein: die Grundlohnzahl, die Wertgeltzahl, die Ortslohnzahl. Aufgabe der Arbeiterchaft wird es sein müssen, dafür zu sorgen, daß den Reichsarbeitern an jedem Ort ein auskömmlicher Lohn gezahlt wird. Für die Borkumer Reichsarbeiter hat die Neuordnung eine ganz besondere Bedeutung. Es muß festgestellt werden, daß das Lohnfestsetzungsverfahren der Insel Borkum bis jetzt nicht voll Rechnung getragen hat. Ausweiblich stehen die Löhne der Borkumer Reichsarbeiter durchgängig wöchentlich auf 26 RM. Dagegen betragen die niedrigsten ortsüblichen Löhne 40 RM. und steigern sich je nach den Umständen ganz bedeutend. Da die Leuerungsverhältnisse für Borkum auf die früheren Löhne der Privatarbeiter eingestellt sind und durch die Babelsberg noch ganz bedeutend beeinflusst werden, ist die Existenz der Staatsarbeiter vollständig in Frage gestellt. Es ist bedauerlich, daß ein Teil der ständigen Reichsarbeiter mit 10-15 Pforten dem Staatsbetrieb aus diesem Grunde den Rücken gekehrt hat. Der einschaltete Staatsarbeiterstamm wird in Frage gestellt, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährdet und die Unfallgefahr in den Munitionsfabriken vergrößert. Mit einem Appell an die Verammelten, ihre örtliche Organisation zeitgemäß auszubauen, schloß der Referent seine Ausführungen. — In der Diskussion wurden die Ausführungen allgemein anerkannt und nachdrücklich ergänzt. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschliesung an:

„Die am 11. März versammelten Reichsarbeiter des Marineartilleriebezirks, der Kommandantur, Abteilung Befestigung, und der Unterfunkstelle der Insel Borkum erklären, daß sie mit dem zurzeit gezahlten Lohn nicht mehr auskommen können. Die Löhne der Reichsarbeiter stehen in einem unerträglichen Verhältnis zu den ortsüblichen Löhnen, die durchschnittlich 60 bis 70 Proz. höher sind. Da die Reichsarbeiter mit ihrem Lohn ihre Familie nicht mehr ernähren können, ist ein großer Teil der ständig beschäftigten Arbeiter aus den Reichsbetrieben ausgeschieden und hat in der privaten Industrie höher bezahlte Arbeit angenommen. Unter diesen ausgeschiedenen Arbeitern befinden sich solche mit 10 bis 15 Pforten. Die Versammelten erwarten schnellste Abhilfe dieser unerträglichen Zustände, da sie sonst ebenfalls gezwungen würden, den Reichsbetrieb zu verlassen. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird beauftragt, schnellstens für Abhilfe zu sorgen und hierbei kein Mittel unversucht zu lassen.“

Odenburg. Die Bezirksversammlung der Wasserbauarbeiter am 8. März nahm nach einem Referat des Kollegen Diers, Bremen, folgende Resolution an:

„Die heute am Sonntag, den 8. März 1925, im Gewerkschaftshaus zu Odenburg tagende Bezirksversammlung der Wasserbauarbeiter verlangt vom Verbandsvorstand wie von der Verhandlungskommission, daß sofort alle Mittel und Wege eingeschlagen werden, die den Wasserbauarbeitern eine den Leuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung bringen. Unter keinen Umständen darf bei den kommenden Lohnabschlüssen eine größere Lohngruppenspannung eintreten, sondern es ist nach Möglichkeit zu versuchen, die unteren Gruppen zu heben. Den im Kampf befindlichen Eisenbahnern bringt die Versammlung die warmste Sympathie entgegen.“

Albin Mohs

Unser ehemaliger Verbandsvorsitzender Albin Mohs ist am 20. März 1925 einem schweren Herzleiden erlegen, an dem er schon seit Jahren litt. Albin Mohs war im Jahre 1867 geboren. Er hat jahrzehntelang im Dienste der Arbeiterbewegung gestanden. Nach seiner Schulentlassung erlernte er das Drechslerhandwerk, mußte aber bald umstatten, weil er infolge schlechter Konjunkturverhältnisse in seinem Beruf keine Arbeit fand. So wurde Mohs vorübergehend Berichterstatter bei der „Leipziger Volkszeitung“. Von 1889 bis 1893 war er Vorsitzender des Drechslerfachvereins in Leipzig, 1896 bis 1897 Vorsitzender des dortigen Gewerkschaftsartikels. Mohs wurde schließlich in den Vorstand des Holzarbeiterverbandes in Berlin gewählt. 1900 bis 1912 war er Sekretär und Redakteur im Fleischerverband. Alsdann trat Mohs in den Dienst unseres Verbandes, zunächst als Sekretär im Hauptvorstand. Später wurde er Gauleiter in Leipzig. Als Bruno Bösch am 1. Januar 1906 den Vorsitz in unserem Verbande niederlegte und in die Dienste der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine trat, berief der Verbandsvorstand den Kollegen Mohs zum provisorischen Verbandsvorsitzenden nach Berlin. Der Verbandstag in Mainz im Mai 1906 bestätigte ihn auf diesem Posten, gegen eine starke Opposition. Auch in den folgenden Jahren war die Person Mohs als Verbandsvorsitzender stark umstritten, so daß er auf den Verbandstagen (1909 in Dresden und 1912 in München) nur immer mit schwacher Mehrheit wiedergewählt wurde. Dem Streit machte der Hamburger Verbandstag Anfang Juni 1914 ein Ende. Mohs hatte bereits im Jahre 1907 die Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe auf einer Konferenz in Stuttgart mit aus der Taufe gehoben. Von da ab war er ihr ehrenamtlicher Sekretär. Der Hamburger Verbandstag beschloß nun, das Ehrenamt in ein befristetes umzuwandeln und der Internationale den Kollegen Mohs als besoldeten Sekretär vorzuschlagen. Die Internationale stimmte dem zu. An Stelle von Mohs wurde Hedmann Verbandsvorsitzender. Leider konnte Mohs auf seinem neuen Posten keine große Tätigkeit mehr entfalten. Der Krieg zerriß sofort die Fäden mit den Bruderorganisationen in Frankreich, England und Belgien. Mißbilligungen und Mißverständnisse (entstanden durch den Krieg) ließen auch bei dem Rumpf der Internationale kein gedeihliches Zusammenarbeiten zu. So legte Mohs schließlich sein Amt nieder und übernahm die Expedition des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“. Die Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe hat dann eine Zeitsung nach Genosse Veglen zusammengehalten, bis sie ganz einbrach. — Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit fand Mohs auch noch Zeit zu politischer Arbeit. Der Sozialdemokratischen Partei hing er mit gleicher Liebe und Treue an. So war er wiederholt Delegierter auf Parteitagen. Vor dem Kriege bereits wurde er in Berlin-Schöneberg Stadtverordneter. Als am 1. Oktober 1920 durch Gesetz sich die alte Stadt Berlin mit etwa 50 Vorortgemeinden zu der Riesengemeinde von heute mit ihren 20 Verwaltungsbereichen vereinigte, wurde Mohs Stadtrat im Verwaltungsbereich XI (Schöneberg) und als solcher Dezernent des Arbeitsamts. Seine Verdienste auf diesem Posten hat der deutsche nationale Bürgermeister Berndt in seinem Beileidschreiben an Frau Mohs besonders hervorgehoben. — Alle Kollegen, die sich der früheren Zeiten erinnern, dürften sich darin einig sein, daß Mohs ein unermüdlicher Mitarbeiter und Mitstreiter in unserem Verbande war, der stets das Beste für die Bewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter wollte. Ehre seinem Andenken!

Canditrasenwärter

Halle a. d. S. In der gutbesuchten Straßenwärterversammlung des Landesbauamtes Halle am 11. März in Halle a. d. S. referierte Kollege Kellner - Magdeburg über die letzten Tarifverhandlungen und über den neuen Tarifvertrag. Die Versammlung lehnte mit Entrüstung die in dem Entwurf enthaltenen Verschlechterungen ab. Sie gelobte, treu zur Organisation zu stehen, um durch diese Geschlossenheit gegen die fallenden Angriffe abzuwehren. Ueber die Einflusssicherung der Straßenwärter beim Landesbauamt Halle soll nochmals eine Revision vorgenommen werden. Der anwesende Landesbauamt ging kurz auf das Zustandekommen der Einflusssicherung ein und versprach, daß dort, wo besondere Härten bestehen, eine Revision vorgenommen werden kann. Ueber die Betriebsratswahl bei den Kreis- als auch bei den Provinzialstraßenwärtersprache Kollege Delschläger. Nach eingehender Aussprache wurden Vorschläge für die Straßenwärter beim Bauamt Halle und für die Kreisstraßenwärter des Saalkreises eingebracht und an die Wahlvorstände weitergeleitet.

Aus unserer Bewegung

Auerbach i. Vogtl. In unserer gutbesuchten Monatsversammlung am 12. März gab der Kollege P. Weiß das Ergebnis der Lohnverhandlungen und den Schiedsspruch vom 4. März bekannt, woran sich eine sehr lebhaft, äußerst erregte Aussprache anschloß. In der Diskussion wurde die Interessiertheit vieler Kollegen auch in den übrigen Filialen in Sachsen bei Abstimmungen lebhaft bewahrt, da doch die jetzigen Löhne den gegenwärtigen Preisen der allgemeinen Wirtschaftslage gegenüber sehr weit im Rückstand sind. Es wurde allen Arbeitskollegen ans Herz gelegt, treu zu ihrer Organisation zu stehen und an der Verbesserung ihrer Lebenslage mitzuarbeiten. Zum Schluß wurde lebhaft das seit 1. Januar 1925 in unserer Gemeinde bestehende Aufstufungsgesetz besprochen.

Berlin. Vor der Bezirkschiedsstelle, die am 21. März unter dem Vorsitz des Ründirektors Dr. Biderst zusammengesetzt war, kam es zu erneuten Verhandlungen, die auf der Grundlage einer 10 prozentigen Lohnerhöhung geführt wurden. Da den Arbeitervertretern an einer freien Vereinbarung viel gelegen war, erklärten sie sich im Rahmen der Tarifkommission bereit, alle aus den Anträgen vom 13. Februar d. J. sich ergebenden Streitpunkte zurückzustellen. Vom Magistrat wurde jedoch zur Vorbedingung für eine gütliche Regelung die Niederschlagung der seit Ende des vorigen Jahres geführten Eingruppierungsverhandlungen gemacht. Der Magistratsvertreter gab die Zusicherung, daß besondere Einzelfälle noch erledigt würden. Hierauf kam es zu folgender Vereinbarung: „Auf die einzelnen Sätze des Lohnkarisses vom 23. November 1924 tritt ab 1. März 1925 eine Erhöhung von 10 Proz. ein. Alle übrigen Grundsätze und Ausführungsbestimmungen bleiben unverändert bestehen.“

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die 16. Bundesausführung des ADGB am 17. März beschäftigte sich zunächst mit der Frage der partitischen Wirtschaftskammern. Der Leipziger Gewerkschaftskongress hat mit großer Mehrheit für die partitischen Wirtschaftskammern und gegen die Arbeiterkammern Stellung genommen. Der Bundesvorstand legte eine Entschließung vor, die den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses erneut bestätigt. Der Bundesausführung nahm die Entschließung gegen zwei Stimmen an. Sie lautet:

Der Bundesausführung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erinnert an den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1922 betr. die Stellung der Gewerkschaften zu dem Verprechen in § 165 der Reichsverfassung, wonach die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken haben. Der Beschluß des Leipziger Kongresses fordert „unter Aufrechterhaltung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Nürnberg die partitische Teilnahme der Arbeiterschaft in allen Organen der Wirtschaft, auch jetzt, die heute noch der Unternehmerschaft allein vorbehalten sind.“ Der Bundesausführung kann in der Schaffung gesonderter Arbeiterkammern keine Erfüllung der im Artikel 165 der Reichsverfassung gegebenen Zusicherung erblicken. Er fordert die in den Landesparlamenten wirkenden Vertreter der Arbeiterschaft auf, gegen die Errichtung von Arbeiterkammern Stellung zu nehmen und das Verlangen nach Schaffung von partitischen Wirtschaftskammern mit aller Entschiedenheit zu unterstützen.

Auf Grund des Einspruchs eines Verbandes war der Bundesausführung gemäß den Bundesstatuten genügt, zu dem auf der letzten Tagung gefassten Beschluß, einen Bildungsausschuß zu schaffen, erneut Stellung zu nehmen. Die Abstimmung über den Kulturbeltrag nach der Mitgliederzahl der vertretenen Verbände hatte folgendes Ergebnis: 29 Verbände (4041 227 Mitglieder) stimmten dafür, 3 Verbände (1 228 479 Mitglieder) dagegen, die Vertreter zweier Verbände (1 619 432 Mitglieder) enthielten sich der Abstimmung. Der Beschluß über den Kulturbeltrag ist also mit großer Mehrheit angenommen worden. Der Antrag des Bundesvorstandes, eine internationale Beisitzer zur Ausschmückung des Verwaltungsgebäudes des Internationalen Arbeitsamts zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen.

Bevor den Ausgang des Konflikts bei der Reichsbahn unterrichtet folgende Rundgebung der Eisenbahnerverbände an ihre Mitglieder:

„Die Entschädigung über den Ausgang des Kampfes um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ist gefallen. Der Schiedsspruch wurde am 12. März 1925 vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Organisationen bringen hiermit zum Ausdruck, daß sie sich in Richtung der gesetzlichen Einrichtungen dieser Zwangselnennung fügen. Hiermit fordern die Organisationen die streikenden Eisenbahner auf, sich geschlossen und in würdiger Form zum Fleißamt zu melden. Nähere Anweisungen erteilen die zuständigen Bezirksleitungen und Orts-

Verwaltungen. Die Organisationen haben sich nach Kräften bemüht, durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn und vor dem Schlichter die erhobenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das Scheitern an der Unmündigkeit und Unnachgiebigkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Der Schlichterspruch bringt nur einen Teilerfolg auf materiellem Gebiet, aber einen vollen Erfolg in moralischer Hinsicht. Nicht geschlagen und entehrt nehmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Die können erhobenen Forderungen in die Betriebe zurückführen, geleitet von der Sympathie aller wirklich Tensenden. Die ausgebrochenen Streiks sind damit beendet. Der Kampf für die materielle und soziale Befreiung der Arbeitnehmer tritt nunmehr in ein anderes Stadium. Die Organisationen werden nicht ruhen und lassen, der ethischen Arbeit die gebührende Anerkennung zu erringen und zu sichern. Ihre Stärkung ist dazu Voraussetzung."

Rundschau

Neuregelung der Reichsindexziffer. In der Beweisführung, die die Unternehmer gegen die Gewährung von Lohnerhöhungen geltend machten spielte die Behauptung eine große Rolle, daß der Friedensreallohn bei vielen Gewerben bereits über-
schritten sei. Wir hatten uns bereits in Nummer 40 der „Gewerkschaft“ eingehend mit dieser Art der Berechnung kritisch beschäftigt, und gezeigt: „Wir müssen deswegen darauf drängen, daß unverzüglich daran gearbeitet wird, die richtigen Fehlerquellen fest- und abzustellen was offenkundig in der Fassung nach Art der Zusammenstellung der amtlichen Zahlen liegt. Die Mannfaltigkeit des Familienbedarfs in jetziger Zeit ist eben ganz anders als zur Zeit der Aufstellung des Reichsindex.“ Nun endlich ist die Erhebungsgrundlage der Reichsindexziffer in Zusammenarbeit mit der Indexkommission, in der auch die Gewerkschaften vertreten sind, abgeändert worden. Von amtlicher Seite wird darüber folgendes mitgeteilt: Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten, die nach der bisherigen Berechnungsart die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung umfaßt, beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Februar auf 125,1. Im Vergleich zum Normalwert 124,0 ist eine Steigerung von 0,9 Proz. festzustellen. Neben dieser Indexziffer ist für den Monat Februar nach eingehenden Beratungen mit der aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammengesetzten Indexkommission zum erstenmal eine neue Grundlage für die erweiterte Lebenshaltungskostenberechnung berechnet worden. Hierbei sind außer den bisher bereits berücksichtigten („Elementaren“) Lebensbedürfnissen noch die „Sonstigen Ausgaben“ eines Haushalts für Reinigung und Körperpflege, Bildung, Verkehr usw. in die Berechnung mit einbezogen worden, um einen Vergleich der Kosten für alle Aufwendungen, wie sie für den Indexberechnung zugrunde gelegten Haushalt zurzeit angenommen werden, mit der Vorkriegszeit zu erhalten. Ferner wurden im Zusammenhang damit die Berechnungsgrundlagen der Ernährungs- und Bekleidungskosten, die in der Zeit der Wirtschaftskrise und der Inflation aufgestellt waren und zum Teil den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, durch stärkere Berücksichtigung hochwertiger Qualitäten verbessert. Die neue (erweiterte) Indexziffer ergibt demnach für den Durchschnitt des Monats Februar statt 125,1 135,6. Da diese Ziffer auf völlig veränderter Grundlage berechnet worden ist, wirkt sie die früheren Berechnungen über den Hausen. Der Index für die Lebenshaltungskosten ist in der Nachkriegszeit im Winter 1919/20 geschaffen worden. In dem Maße, wie sich nach der Stabilisierung der Währung die Preisverhältnisse toniel derten, machte sich das Bedürfnis nach einer Verfeinerung des Index geltend. Es war erforderlich, einen brauchbaren Vergleichsmaßstab mit dem Preisstand der Vorkriegszeit zu gewinnen. Das Interesse konzentrierte sich also immer mehr auf die absolute Höhe der Indexziffern, namentlich um die Löhne, denen der Vorkriegszeit in ihrer Kaufkraft („Realöhne“) gegenüberstellen zu können. Für diesen Zweck war ein Maßstab notwendig, der möglichst sämtliche Lebenshaltungskosten berücksichtigte. Die bisherige Berechnungsgrundlage der Indexziffer umfaßte nur die wichtigsten Aufwendungen für die Lebenshaltung, nämlich Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung. Auf die sonstigen Aufwendungen eines Haushalts war kein Bedacht genommen. Bei der Neuregelung war zu berücksichtigen, daß der für die „Normalfamilie“ angenommene Ernährungs- und Bekleidungsbedarf sich mit der Hebung des allgemeinen Lebensstandards nach der Stabilisierung und dem Abbau der Wirtschaft von den tatsächlichen Verbrauchsverhältnissen immer weiter entfernte hat. Es war deshalb notwendig, einerseits hochwertigere Qualitäten für die Preisermittlung zugrunde zu legen, andererseits auf eine zeitgemäße Umgestaltung der Ernährungsration Bedacht zu nehmen. Mit dieser Neuregelung hat das Statistische Reichsamt dem Verlangen der Gewerkschaften teilweise Rechnung getragen, und es wird an diesen liegen, einem Lieblingsargument der Unternehmer — wie es die Reichsindexzahlen bisher für diese waren — die Gitzsäure auszubrechen.

Die Schaffung von Heimstättengartengebieten gemäß der Ausführungsverordnung des preussischen Wohlfahrtsministers für das preussische Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz ist den städti-

schen Behörden nun auch wirklich zur dringenden Pflicht zu machen, und zwar durch den Druck der öffentlichen Meinung, dies war der Zweck einer Konferenz von Vertretern der Großorganisationen, die vor kurzem in der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin auf Einladung des Bundes Deutscher Bodenreformer getagt hat. Neben einleitenden Referaten des Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin des RDB, Dr. Kähler und des Leiters des Heimstättenamtes der Deutschen Beamenschaft Lubahn gab Regierungsrat Albrecht für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands die bestimmte Erklärung ab, daß diese mächtigen Organisationen geschlossen hinter die Forderungen des Bundes Deutscher Bodenreformer treten, die dieser in Masseneingaben zur Schaffung von Heimstättengartengebieten aufgestellt. Die gleiche Zusicherung gaben ab die Vertreter der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ein Vertreter des Bezirksverbandes der Kleingartenvereine II und VII forderte Erklärungen bezüglich der Aufrechterhaltung von Nachgärten innerhalb der Heimstättengartengebiete, die der Vorsitzende sofort abgab. Widerspruch regte sich in der von annähernd 75 Organisationsvertretern besuchten Konferenz nicht. Da sich unter ihnen so machtvolle Organisationen befanden wie außer den oben genannten der Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der Verein der Post- und Telegraphenbeamtinnen, der Deutsche Beamtenverein, der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband, so darf man wohl hoffen, daß die Absicht des Gesetzgebers in diesem Falle gegen die Sabotageversuche der starken Gegeninteressenten durchgesetzt werden wird.

Zur Betriebsrätewahl

**Gibt eure Stimme nicht den Räten,
Die euch mit Phrasen nur vertreten,
Die rat- und tat- und kopflos sind,
Wacht im Betrieb ein scharfer Wind.**

**Gibt eure Stimme nur den Räten,
Die kraftvoll euer Recht vertreten,
Die Männer und Bekenner sind,
Wacht im Betrieb ein scharfer Wind.**

**Niemand darf die Wahl versäumen!
Niemand darf sein Recht verträumen;
Wer nicht wählt, verscherzt sein Recht
Wie ein rechter Stiefelknecht!**

Victor Kalinowski

Verbandsstil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Mit dem 1. April 1925 wird eine besondere Reichssektion der Beamten unseres Verbandes eingerichtet. Als Reichssektionsleiter hat der Verbandsvorstand den Kollegen Oskar Kurpat (bisher Leipzig) bestimmt.

Alle Zuschriften in Beamtenfragen sind zu richten an die Beamtensektion des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO. 33, Schließische Straße 42.

Der Verbandsvorstand.

Zum Neubeschluß des R.M.T. der Gemeindearbeiter. Am 14. und 15. März haben in Hamburg mit dem Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände Verhandlungen über Abänderung und Neubeschluß des R.M.T. der Gemeindearbeiter stattgefunden. Diese Verhandlungen haben noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt. Auf Grund der letzten Vorstöße der Arbeitgebervertreter finden am 24. und 25. März in Berlin weitere Verhandlungen statt. Die Gegenvorschläge der Arbeitgeber beziehen sich auf die Bestimmungen über Arbeitszeit, Zuschlag für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit, Urlaubsregelung, Bezahlung der Wochenfeiertage und Krankentlohn. Ueber die voraussichtliche Gestaltung dieser Bestimmungen läßt sich heute noch nichts sagen. Unsere Vorschläge zu § 2 Ziffer 1b Abs. 2, § 10 Ziffer 2a, b, 8 und b 1 haben die Arbeitgeber angenommen.

Der Verbandsvorstand.

Berlin: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter R. Müller, Reichsarbeitsgeberverband, beide Berlin SO. 33, Schließische Str. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Ein vorzügliches Geschenk zur Erinnerung an die Jugendweiche ist das im Verlag J. H. W. Diez Nachfolger, Berlin, erschienene, von Dr. Richard Bohmann zusammengestellte Buch „Werde“. Ladenpreis: 1,75 Mk.

Das Buch gab ihm mit seinen Zeichnungen Bildschwand und Gewand. Ein hohes Ethos durchdringt alle Beiträge dieses Buches. In heiligem Erleben soll Sozialismus der Jugend werden. Nicht aus Widererkennung gegen eine Organisation soll sie handeln, sondern aus innerer Notwendigkeit als Erfüllung eigenen Willens, weil die großen Ideen, die die Jugend bewegen, sie zum Schaffen drängen. Das ist der Geist, der aus dem neuen Buch spricht und der die Jugend erfüllt mit jener Kraft, die befähigt, für die Empfindungen, die wir im Herzen tragen, für die Ideen, die unseren Geist bewegen, mit unserer ganzen Persönlichkeit einzutreten und zu kämpfen.

Mein Bruder Sven. Von Alma Hedén. Verlag J. H. Brodhaus, Leipzig. Preis, in Ganzleinen gebunden, halbjähriges Papier, 15 Mk.

Am 19. Februar 1925 vollendete der bekannte geographische Forscher Sven Hedén seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Grunde hat der Brodhaus-Verlag Hedéns Schwester Alma veranlaßt, das oben genannte Buch zu schreiben. Auch wenn man weiß, daß Sven Hedén mit den hervorragendsten Persönlichkeiten aller Länder zusammengekommen ist, abermals doch, in dem Buche eine solche Fülle interessanter Einzelheiten zu finden, so macht der diplomatische Krieg, den der Forscher mit der englischen Regierung führen mußte, damit er in das allen Europäern streng verschlossene Land Tibet eindringen konnte. Sven Hedén setzte seinen Willen gegen das mächtige England durch und er hatte den Triumph, von seiner dritten Tibetreise die größten Entdeckungen heimzubringen, die einem Forscher in diesem eigenartigen Land beschieden sein konnten. Ein stetiger Optimismus hat Sven Hedén von Erfolg zu Erfolg geführt. Es gibt darum keine bessere Schule der Energie und des Erfolges als gerade diese Lebensbeschreibung des berühmten Forschers. Aber das Buch hat noch einen seltenen Vorzug: in ihm klingt das Hobeil der Familie. In seinem Wert hat die Liebe zum Elternhaus, zur Familie und zum Vaterland ein edleres Bekenntnis gefunden. Bewundernswert ist die Zusammenarbeit aller Familienmitglieder, die Anhänglichkeit, die der Sohn auch in weitester Ferne Vater und Mutter gegenüber beweist, während ist die Treue, mit der der 90jährige Vater noch mit fester Hand für den berühmten Sohn Manuskripte schreibt und sich jeden Tag seiner Arbeit freut. Die Schwester schließt das prächtige Buch mit den Worten: „Neben seinen literarischen Plänen steht ihm noch wie vor lebend vor seinem Sinn. Alle die Jahre hindurch, während die Gewitter des Weltkrieges

lobten und Reiche und Throne trachend zusammenfüzten, hat die Erinnerung an die Stille der Wüste seiner Seele Frieden und Ruhe gebracht. Immer wieder hat er den Drang gefühlt, in die Einsamkeit zurückzugehen, und vielleicht folgt er noch einmal der mahnenden Stimme.“ Wir empfehlen das sehr gut ausgestattete Buch unseren Lesern auf das wärmste.

Menck im Eisen. Gefänge von Holt und Wert. Von Heinrich Berch. Pappband 4,50 Mk., Ganzleinenband 6 Mk. — (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.)

Das Aussehen dieser ursprünglichen, feuerfestigen Dichtkraft aus Proletarierkreisen gleicht dem Aussehen einer Delaunay, deren Schuß ein Blitz entflammte hat. Fanal der Fruchtbarkeit, Schradnis der Selbstbefreiung. Ein Proletarier, ein Mann, ein Mitmenschen, ein Dichter, ein Held und Weisager singt sein Glück und seine Qual, ein geistiger General Wolf Whitman. Heinrich Berch, der Reflektierender und Sänger des Kriegs, ist mit Leib und Seele dem Werkstoff verschrieben. Aber der Reifegeordnete, mit uns andern aus dem Paradies Vertriebene, hat vom Banne der Erkenntnis gesehen. Mit dem Fluch des Bewußtseins behaftet, tritt er sich in die Sicherheit seines Schaffens, Natur und Urprung in großartiger Einheit bewahrend. Gefänge aus der rauchenden Welt der Eisen und Schloße, der laufenden Maschinen künden von dem Ringen des Dichters, aus den Fesseln der Not zu freiem, menschenwürdigem Dasein auf seiner Vaterlandserbe zu gelangen. Sie rufen das Gewissen der europäischen Menschheit auf zur Freiheit ihrer Selbstbestimmung und zur heiligen Ironie des Alldarmens.

Die Nacht des Alkoholkapitals. Eine der größten Berliner Brauereien hatte kürzlich die Vertreter der Berliner Presse zu sich geladen, um ihnen die ausgebreiteten Betriebsanlagen zu zeigen. Man sah hier die modernsten technischen Einrichtungen, bei denen die menschliche Arbeitskraft immer mehr ausgeschaltet wird, man sah die riesigen Kellereien, die bis 30 Meter unter die Erde führen. Später wurden die Gäste mit wissenschaftlichen Vorträgen versehen, und die Journalisten hörten, daß das Brauereiwesen schon 2000 Jahre alt sei, daß man in der Leipziger Gose und in der Berliner Weisse die letzten Nachkömmlinge des Rationalgetränks der alten Germanen vor sich habe und ähnliches mehr. Die Gäste wurden auch darüber belehrt, daß man auf den geistlichen Braugewinn verzichten, dafür aber das Maßhalten im Alkoholenuss erreichen solle. Aus den Berichten über diese Veranstaltung ging leider nicht hervor, wo das Maßhalten beginnt; ob der Vortragende die bekannte „Bettstovener“ damit gemeint hat? Der auch die andere Seite hören will, der lese die kürzlich erschienene kleine Schrift von Kurt Baurkötter: „Der Freiheitstempel gegen das Alkoholkapital“. (Preis 20 Pf. Verlag Deutscher Arbeiter-Aktiven-Bund, Berlin SO. 16, Engelsufer 16.) In knapper Weise wird hier dargestellt, welche Nacht das Alkoholkapital beugt und welche Mittel es anwendet, um das Volk nicht zum Bewußtsein der Alkoholgefahr kommen zu lassen.

In der Sammlung

Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind bisher erschienen:

- Heft 1: **Kräfte zur Einführung in die Psychologie.**
Von Wilhelm Fuchs, Offen a. d. Ruhr.
Eine Fülle von Anregungen und leichtverständlichen Erklärungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens, Denkens und Empfindens sind in dieser Schrift aufgezeichnet.
- Heft 2: **Sammelschwele.**
Eine Skizze v. Alfred von Berger.
Vergriffen!
- Heft 3: **Naturentwicklung und Weltanschauung.**
Von Johannes Gut, Berlin. 2. Auflage.
In die Tiefen und Weiten des innerweltlichen Weltalls führt Joh. Gut mit dieser Schrift über die Grundlagen der Weltanschauung.
- Heft 4: **Biologie — die Wissenschaft vom Leben.**
Von Johannes Gut, Berlin. 2. Auflage.
Von der winzig kleinen Urzelle angefangen bis zu den hochentwickelten Pflanzen und Tieren, vom einzelligen Lebewesen bis zur Milieuorganismenorganisation wird in volkstümlicher Weise der Zusammenhang in der Entwicklung des Lebens dargestellt.
- Heft 5: **I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.**
II. Kommunalisierung, Entkommunalisierung, Sozialisierung.
Von Fritz Rüster, Berlin.
Die im vorliegenden Heft zusammengefaßten beiden Beiträge geben einen Überblick über die bisherige und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.
- Heft 6: **Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.**
Von Emil Dittmer, Berlin.
In bemerkenswerter Weise zeigt der Verfasser in seinen Ausführungen über die „Bildungsaufgaben der Gewerkschaften“ eine Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern jeder einzelne einwirken kann, um am Ganzen mitzuwirken.
- Heft 7: **Soziale Bedichte.**
Eine Auswahl neuerer Arbeiterbeiträge, die vom Schaffen und Erleben, von Freude und Leid der arbeitenden Völker singen. Einige gute Bilder und der mehrfarbige bildgewaltigere Umhang geben der Sammlung ein freundliches Gepräge.
- Heft 8: **Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.**
Von Johannes Gut, Berlin.
Im ersten Teil der Entwicklungsgeschichte führt und Johannes Gut in leichtverständlicher Erzählweise, beginnend mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch Altertum und Mittelalter der Weltgeschichte. Die alten Völker Ägyptens, Indiens und Chinas, die hohe Kultur Griechenlands und die Staatskunst der alten Römer leben wieder auf.
- Heft 9: **Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.**
Von Johannes Gut, Berlin.
Im zweiten Teile der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts zeigt der Verfasser den gewaltigen Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tatsachenmaterial belegt, wird die Geschichte der heutigen Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser zugänglich gemacht.
- Heft 10: **Sozialisten und Arbeiterführer.**
Kunze Biographien über Marx, Bebel, Degler u. a. Das Buchlein bringt auf eine Anzahl von Lebensbeschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiterführer, die sich um die sozialistische und sozialistische Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.
- Heft 11: **Der Entlassungsplan von Betriebsratsmitgliedern und Betriebssozialen.**
Von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen.
Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung d. Entlassungsplanes für Betriebsratsratsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung.
- Heft 12: **Warum brauchen wir Gewerkschaften?**
Von Otto Rurpat, Leipzig.
Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der wichtigsten Änderungen der letzten Gewerkschaften und erster Zweck und Ziel dieses bedeutsamen Gebietes der modernen Arbeiterbewegung.
- Heft 13: **Die Entwicklung des Kapitalismus.**
Von Willy Chaplin, Leipzig.
Aus dem Inhalt: Was müssen wir von der Entwicklung des Kapitalismus wissen? Kräfte der kapitalistischen Entwicklung. Unternehmungsformen. Die modernen industriellen Monopole u. a.

Die Preise für die Hefte 1 bis 4 und 5 bis 12 sind 0,40 Goldmark, für die Hefte 6 bis 7 0,25 Goldmark, für Verbandsmitglieder nur 0,25 bzw. 0,15 Goldmark.

Zu beziehen durch:
Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Berlin SO33, Schleifische Straße 42.

2 Mk. 62 Pfg.

kostet nach folgendem Rezept ein so backbarer

Oetker-Kuchen

Manche Hausfrau weiß vielleicht gar nicht, ein wie billiges, nahrhaftes und wohlschmeckendes Nahrungsmittel sie damit auf den Tisch bringen kann.

Dr. Oetker's Schokoladenkuchen



250 g Margarine Pfd. ca. 0.90	Mk. 0.45
500 g Zucker	ca. 0.45
6 Eier St. ca. 0.19	ca. 1.14
500 g Weizenmehl	ca. 0.24
1 Packchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	ca. 0.04
1 Packchen Dr. Oetker's Backin	ca. 0.04
1 Eiweiß voll Kaka	ca. 0.16
1 kleine Tasse Milch oder Rahm	ca. 0.05
	Mk. 2.62

Zubereitung: Die Butter rühre zu Sahne, gib Zucker, Eigelb, Vanillin-Zucker, Mehl, di ses mit dem Backin gemischt; Milch dazu und zuletzt den Schnee der 6 Eiweiß — Teile die Masse, menge unter die eine Hälfte den Kakao, fülle den Teig abwechselnd in die gefettete Form und backe den Kuchen 1 bis 1 1/2 Stunden.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn verfügbar, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabr., Bielefeld

* Eingezeichnete Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.



aus prima drehbarem Körper.

Langjährige Garantie. Katalog und Preisliste mit über 50 verschiedenen Preisen frei. Versand unter Nachnahme oder Geld zurück. Versand unter Nachnahme: Bettfedern Mk. 6.85, 1.40, 2.70, 3.30, 4.50, 5.10, 6.10, 7.10, 8.10, 9.10, 10.10, 11.10, 12.10, 13.10, 14.10, 15.10, 16.10, 17.10, 18.10, 19.10, 20.10, 21.10, 22.10, 23.10, 24.10, 25.10, 26.10, 27.10, 28.10, 29.10, 30.10, 31.10, 32.10, 33.10, 34.10, 35.10, 36.10, 37.10, 38.10, 39.10, 40.10, 41.10, 42.10, 43.10, 44.10, 45.10, 46.10, 47.10, 48.10, 49.10, 50.10, 51.10, 52.10, 53.10, 54.10, 55.10, 56.10, 57.10, 58.10, 59.10, 60.10, 61.10, 62.10, 63.10, 64.10, 65.10, 66.10, 67.10, 68.10, 69.10, 70.10, 71.10, 72.10, 73.10, 74.10, 75.10, 76.10, 77.10, 78.10, 79.10, 80.10, 81.10, 82.10, 83.10, 84.10, 85.10, 86.10, 87.10, 88.10, 89.10, 90.10, 91.10, 92.10, 93.10, 94.10, 95.10, 96.10, 97.10, 98.10, 99.10, 100.10.

W. Büttner, G. m. b. H., Werl i. W. 72

Geld-Kredit
wie heute erhält.
Ausk. 1 Mk. Frem.
Allgem. Verwert.-Ges.,
Chemnitz, Anzeiger 3.

WARUM haben die noch **Pickel und Mitesser?**
Verlangen Sie kostenlose Auskunft über den besten Weg.
G. Koch, Büßelsdorf A
Hermannstraße 39

Mark 100 Anzahlung
Hefere
Schlaf immer, Speisezimmer Mk. 50 Einzelbetten Mk. 30 Küchen
WENGER, Berlin
Alte Schönhaus Str. 20

Anzugstoffe
von 6 Mk. per Anzug (3 Mtr. an versendet) P. ul. Hein, Forst-Loss, 3.
Haupter franko gegen franko.

Eine Dichtung von hinreißender Leidenschaftlichkeit

HEINRICH LERSCH

MENSCH IM EISEN

Gesänge von Volk und Werk • Gebund. 4.50 Mk. in Ganzl. 6.— Mk.

Deutsche Verlags-Anstalt • Stuttgart • Berlin • Leipzig

Ihr Geldbeutel
Wird fett, wenn Sie billig rauchen, es kostet 5 Pf. für eine Karte an Tabakfabrik „Weltluft“
Küller, Bruchsal 197, am Preisliste
Riskieren Sie es, Sie bereuen es nicht

STOFFE an Private
zu k. kur enzl. Preis:
50 Proz. Ersparnis
Größte Auswahl
Zah unsererleicht.
Vorher Sie unerschaff d. Muster!
Tuchversand L. Krumhauer, Eichensau b. München
Wulste Mack trocken —
Molle Gürtel so treiben!

MUSIK Instrumente
für Schüler, Schule und Haus
Ver. ang. n. 310 Preisliste
MAX DÖRFEL
Klingenthal (Sachs), Nr. 30

Preussische Staatslotterie
Ziehung der 1. Klasse am 17. u. 18. April
Höchstgewinn:
Zwei Millionen R.-M.
Hauptgewinne Mark:
500 000
300 000
200 000
100 000

Doppellose zu 4.— Mark
Ganze Halbe Viertel Achtel-Lose
24 — 12 — 6 — 3 — M.
Porto und Liste 25 Pf. extra

Schwarz Berlin
5. nat. Lotterievereinigung
Neue Königstraße 80
Postcheckkonto: Berlin 11150
Tel.-Adr.: Glücksgest, Berlin

Mein Tierreichbuch
Eine Auswahl der besten Werke, die den Weg zum Erfolg weisen:
Gartenbau u. Kleintierzucht, Einwegweiser zu Joh. O. von Feld- u. Gartenbau, z. Bienen-, Schnecke n. Geflü. el. Kaninchen-, Seidenraupe- u. Meerschwammzucht sowie zur Haltung u. Zucht v. Ziegen, Schafen u. Schwein, nebst ein. kurz. Abhandl. üb. Rindviehzucht 4 Aufl. 200 S. m. 2 Gartenplänen, versch. ed. stiller. 1881. u. zahlr. and. Abb. 270 M. franko — Geflügelzucht. Von Dr. B. Blanche. 10. Aufl. 50-55 Taus. 150 S. m. 24 farb. Rassenbild. u. 4 Rassenrückst. sow. 30 Textabb. Die beste Einführ. d. Ge. f. d. B. 1891. u. 1892. u. 1893. u. 1894. u. 1895. u. 1896. u. 1897. u. 1898. u. 1899. u. 1900. u. 1901. u. 1902. u. 1903. u. 1904. u. 1905. u. 1906. u. 1907. u. 1908. u. 1909. u. 1910. u. 1911. u. 1912. u. 1913. u. 1914. u. 1915. u. 1916. u. 1917. u. 1918. u. 1919. u. 1920. u. 1921. u. 1922. u. 1923. u. 1924. u. 1925. u. 1926. u. 1927. u. 1928. u. 1929. u. 1930. u. 1931. u. 1932. u. 1933. u. 1934. u. 1935. u. 1936. u. 1937. u. 1938. u. 1939. u. 1940. u. 1941. u. 1942. u. 1943. u. 1944. u. 1945. u. 1946. u. 1947. u. 1948. u. 1949. u. 1950. u. 1951. u. 1952. u. 1953. u. 1954. u. 1955. u. 1956. u. 1957. u. 1958. u. 1959. u. 1960. u. 1961. u. 1962. u. 1963. u. 1964. u. 1965. u. 1966. u. 1967. u. 1968. u. 1969. u. 1970. u. 1971. u. 1972. u. 1973. u. 1974. u. 1975. u. 1976. u. 1977. u. 1978. u. 1979. u. 1980. u. 1981. u. 1982. u. 1983. u. 1984. u. 1985. u. 1986. u. 1987. u. 1988. u. 1989. u. 1990. u. 1991. u. 1992. u. 1993. u. 1994. u. 1995. u. 1996. u. 1997. u. 1998. u. 1999. u. 2000. u. 2001. u. 2002. u. 2003. u. 2004. u. 2005. u. 2006. u. 2007. u. 2008. u. 2009. u. 2010. u. 2011. u. 2012. u. 2013. u. 2014. u. 2015. u. 2016. u. 2017. u. 2018. u. 2019. u. 2020. u. 2021. u. 2022. u. 2023. u. 2024. u. 2025. u. 2026. u. 2027. u. 2028. u. 2029. u. 2030. u. 2031. u. 2032. u. 2033. u. 2034. u. 2035. u. 2036. u. 2037. u. 2038. u. 2039. u. 2040. u. 2041. u. 2042. u. 2043. u. 2044. u. 2045. u. 2046. u. 2047. u. 2048. u. 2049. u. 2050. u. 2051. u. 2052. u. 2053. u. 2054. u. 2055. u. 2056. u. 2057. u. 2058. u. 2059. u. 2060. u. 2061. u. 2062. u. 2063. u. 2064. u. 2065. u. 2066. u. 2067. u. 2068. u. 2069. u. 2070. u. 2071. u. 2072. u. 2073. u. 2074. u. 2075. u. 2076. u. 2077. u. 2078. u. 2079. u. 2080. u. 2081. u. 2082. u. 2083. u. 2084. u. 2085. u. 2086. u. 2087. u. 2088. u. 2089. u. 2090. u. 2091. u. 2092. u. 2093. u. 2094. u. 2095. u. 2096. u. 2097. u. 2098. u. 2099. u. 2100. u. 2101. u. 2102. u. 2103. u. 2104. u. 2105. u. 2106. u. 2107. u. 2108. u. 2109. u. 2110. u. 2111. u. 2112. u. 2113. u. 2114. u. 2115. u. 2116. u. 2117. u. 2118. u. 2119. u. 2120. u. 2121. u. 2122. u. 2123. u. 2124. u. 2125. u. 2126. u. 2127. u. 2128. u. 2129. u. 2130. u. 2131. u. 2132. u. 2133. u. 2134. u. 2135. u. 2136. u. 2137. u. 2138. u. 2139. u. 2140. u. 2141. u. 2142. u. 2143. u. 2144. u. 2145. u. 2146. u. 2147. u. 2148. u. 2149. u. 2150. u. 2151. u. 2152. u. 2153. u. 2154. u. 2155. u. 2156. u. 2157. u. 2158. u. 2159. u. 2160. u. 2161. u. 2162. u. 2163. u. 2164. u. 2165. u. 2166. u. 2167. u. 2168. u. 2169. u. 2170. u. 2171. u. 2172. u. 2173. u. 2174. u. 2175. u. 2176. u. 2177. u. 2178. u. 2179. u. 2180. u. 2181. u. 2182. u. 2183. u. 2184. u. 2185. u. 2186. u. 2187. u. 2188. u. 2189. u. 2190. u. 2191. u. 2192. u. 2193. u. 2194. u. 2195. u. 2196. u. 2197. u. 2198. u. 2199. u. 2200. u. 2201. u. 2202. u. 2203. u. 2204. u. 2205. u. 2206. u. 2207. u. 2208. u. 2209. u. 2210. u. 2211. u. 2212. u. 2213. u. 2214. u. 2215. u. 2216. u. 2217. u. 2218. u. 2219. u. 2220. u. 2221. u. 2222. u. 2223. u. 2224. u. 2225. u. 2226. u. 2227. u. 2228. u. 2229. u. 2230. u. 2231. u. 2232. u. 2233. u. 2234. u. 2235. u. 2236. u. 2237. u. 2238. u. 2239. u. 2240. u. 2241. u. 2242. u. 2243. u. 2244. u. 2245. u. 2246. u. 2247. u. 2248. u. 2249. u. 2250. u. 2251. u. 2252. u. 2253. u. 2254. u. 2255. u. 2256. u. 2257. u. 2258. u. 2259. u. 2260. u. 2261. u. 2262. u. 2263. u. 2264. u. 2265. u. 2266. u. 2267. u. 2268. u. 2269. u. 2270. u. 2271. u. 2272. u. 2273. u. 2274. u. 2275. u. 2276. u. 2277. u. 2278. u. 2279. u. 2280. u. 2281. u. 2282. u. 2283. u. 2284. u. 2285. u. 2286. u. 2287. u. 2288. u. 2289. u. 2290. u. 2291. u. 2292. u. 2293. u. 2294. u. 2295. u. 2296. u. 2297. u. 2298. u. 2299. u. 2300. u. 2301. u. 2302. u. 2303. u. 2304. u. 2305. u. 2306. u. 2307. u. 2308. u. 2309. u. 2310. u. 2311. u. 2312. u. 2313. u. 2314. u. 2315. u. 2316. u. 2317. u. 2318. u. 2319. u. 2320. u. 2321. u. 2322. u. 2323. u. 2324. u. 2325. u. 2326. u. 2327. u. 2328. u. 2329. u. 2330. u. 2331. u. 2332. u. 2333. u. 2334. u. 2335. u. 2336. u. 2337. u. 2338. u. 2339. u. 2340. u. 2341. u. 2342. u. 2343. u. 2344. u. 2345. u. 2346. u. 2347. u. 2348. u. 2349. u. 2350. u. 2351. u. 2352. u. 2353. u. 2354. u. 2355. u. 2356. u. 2357. u. 2358. u. 2359. u. 2360. u. 2361. u. 2362. u. 2363. u. 2364. u. 2365. u. 2366. u. 2367. u. 2368. u. 2369. u. 2370. u. 2371. u. 2372. u. 2373. u. 2374. u. 2375. u. 2376. u. 2377. u. 2378. u. 2379. u. 2380. u. 2381. u. 2382. u. 2383. u. 2384. u. 2385. u. 2386. u. 2387. u. 2388. u. 2389. u. 2390. u. 2391. u. 2392. u. 2393. u. 2394. u. 2395. u. 2396. u. 2397. u. 2398. u. 2399. u. 2400. u. 2401. u. 2402. u. 2403. u. 2404. u. 2405. u. 2406. u. 2407. u. 2408. u. 2409. u. 2410. u. 2411. u. 2412. u. 2413. u. 2414. u. 2415. u. 2416. u. 2417. u. 2418. u. 2419. u. 2420. u. 2421. u. 2422. u. 2423. u. 2424. u. 2425. u. 2426. u. 2427. u. 2428. u. 2429. u. 2430. u. 2431. u. 2432. u. 2433. u. 2434. u. 2435. u. 2436. u. 2437. u. 2438. u. 2439. u. 2440. u. 2441. u. 2442. u. 2443. u. 2444. u. 2445. u. 2446. u. 2447. u. 2448. u. 2449. u. 2450. u. 2451. u. 2452. u. 2453. u. 2454. u. 2455. u. 2456. u. 2457. u. 2458. u. 2459. u. 2460. u. 2461. u. 2462. u. 2463. u. 2464. u. 2465. u. 2466. u. 2467. u. 2468. u. 2469. u. 2470. u. 2471. u. 2472. u. 2473. u. 2474. u. 2475. u. 2476. u. 2477. u. 2478. u. 2479. u. 2480. u. 2481. u. 2482. u. 2483. u. 2484. u. 2485. u. 2486. u. 2487. u. 2488. u. 2489. u. 2490. u. 2491. u. 2492. u. 2493. u. 2494. u. 2495. u. 2496. u. 2497. u. 2498. u. 2499. u. 2500. u. 2501. u. 2502. u. 2503. u. 2504. u. 2505. u. 2506. u. 2507. u. 2508. u. 2509. u. 2510. u. 2511. u. 2512. u. 2513. u. 2514. u. 2515. u. 2516. u. 2517. u. 2518. u. 2519. u. 2520. u. 2521. u. 2522. u. 2523. u. 2524. u. 2525. u. 2526. u. 2527. u. 2528. u. 2529. u. 2530. u. 2531. u. 2532. u. 2533. u. 2534. u. 2535. u. 2536. u. 2537. u. 2538. u. 2539. u. 2540. u. 2541. u. 2542. u. 2543. u. 2544. u. 2545. u. 2546. u. 2547. u. 2548. u. 2549. u. 2550. u. 2551. u. 2552. u. 2553. u. 2554. u. 2555. u. 2556. u. 2557. u. 2558. u. 2559. u. 2560. u. 2561. u. 2562. u. 2563. u. 2564. u. 2565. u. 2566. u. 2567. u. 2568. u. 2569. u. 2570. u. 2571. u. 2572. u. 2573. u. 2574. u. 2575. u. 2576. u. 2577. u. 2578. u. 2579. u. 2580. u. 2581. u. 2582. u. 2583. u. 2584. u. 2585. u. 2586. u. 2587. u. 2588. u. 2589. u. 2590. u. 2591. u. 2592. u. 2593. u. 2594. u. 2595. u. 2596. u. 2597. u. 2598. u. 2599. u. 2600. u. 2601. u. 2602. u. 2603. u. 2604. u. 2605. u. 2606. u. 2607. u. 2608. u. 2609. u. 2610. u. 2611. u. 2612. u. 2613. u. 2614. u. 2615. u. 2616. u. 2617. u. 2618. u. 2619. u. 2620. u. 2621. u. 2622. u. 2623. u. 2624. u. 2625. u. 2626. u. 2627. u. 2628. u. 2629. u. 2630. u. 2631. u. 2632. u. 2633. u. 2634. u. 2635. u. 2636. u. 2637. u. 2638. u. 2639. u. 2640. u. 2641. u. 2642. u. 2643. u. 2644. u. 2645. u. 2646. u. 2647. u. 2648. u. 2649. u. 2650. u. 2651. u. 2652. u. 2653. u. 2654. u. 2655. u. 2656. u. 2657. u. 2658. u. 2659. u. 2660. u. 2661. u. 2662. u. 2663. u. 2664. u. 2665. u. 2666. u. 2667. u. 2668. u. 2669. u. 2670. u. 2671. u. 2672. u. 2673. u. 2674. u. 2675. u. 2676. u. 2677. u. 2678. u. 2679. u. 2680. u. 2681. u. 2682. u. 2683. u. 2684. u. 2685. u. 2686. u. 2687. u. 2688. u. 2689. u. 2690. u. 2691. u. 2692. u. 2693. u. 2694. u. 2695. u. 2696. u. 2697. u. 2698. u. 2699. u. 2700. u. 2701. u. 2702. u. 2703. u. 2704. u. 2705. u. 2706. u. 2707. u. 2708. u. 2709. u. 2710. u. 2711. u. 2712. u. 2713. u. 2714. u. 2715. u. 2716. u. 2717. u. 2718. u. 2719. u. 2720. u. 2721. u. 2722. u. 2723. u. 2724. u. 2725. u. 2726. u. 2727. u. 2728. u. 2729. u. 2730. u. 2731. u. 2732. u. 2733. u. 2734. u. 2735. u. 2736. u. 2737. u. 2738. u. 2739. u. 2740. u. 2741. u. 2742. u. 2743. u. 2744. u. 2745. u. 2746. u. 2747. u. 2748. u. 2749. u. 2750. u. 2751. u. 2752. u. 2753. u. 2754. u. 2755. u. 2756. u. 2757. u. 2758. u. 2759. u. 2760. u. 2761. u. 2762. u. 2763. u. 2764. u. 2765. u. 2766. u. 2767. u. 2768. u. 2769. u. 2770. u. 2771. u. 2772. u. 2773. u. 2774. u. 2775. u. 2776. u. 2777. u. 2778. u. 2779. u. 2780. u. 2781. u. 2782. u. 2783. u. 2784. u. 2785. u. 2786. u. 2787. u. 2788. u. 2789. u. 2790. u. 2791. u. 2792. u. 2793. u. 2794. u. 2795. u. 2796. u. 2797. u. 2798. u. 2799. u. 2800. u. 2801. u. 2802. u. 2803. u. 2804. u. 2805. u. 2806. u. 2807. u. 2808. u. 2809. u. 2810. u. 2811. u. 2812. u. 2813. u. 2814. u. 2815. u. 2816. u. 2817. u. 2818. u. 2819. u. 2820. u. 2821. u. 2822. u. 2823. u. 2824. u. 2825. u. 2826. u. 2827. u. 2828. u. 2829. u. 2830. u. 2831. u. 2832. u. 2833. u. 2834. u. 2835. u. 2836. u. 2837. u. 2838. u. 2839. u. 2840. u. 2841. u. 2842. u. 2843. u. 2844. u. 2845. u. 2846. u. 2847. u. 2848. u. 2849. u. 2850. u. 2851. u. 2852. u. 2853. u. 2854. u. 2855. u. 2856. u. 2857. u. 2858. u. 2859. u. 2860. u. 2861. u. 2862. u. 2863. u. 2864. u. 2865. u. 2866. u. 2867. u. 2868. u. 2869. u. 2870. u. 2871. u. 2872. u. 2873. u. 2874. u. 2875. u. 2876. u. 2877. u. 2878. u. 2879. u. 2880. u. 2881. u. 2882. u. 2883. u. 2884. u. 2885. u. 2886. u. 2887. u. 2888. u. 2889. u. 2890. u. 2891. u. 2892. u. 2893. u. 2894. u. 2895. u. 2896. u. 2897. u. 2898. u. 2899. u. 2900. u. 2901. u. 2902. u. 2903. u. 2904. u. 2905. u. 2906. u. 2907. u. 2908. u. 2909. u. 2910. u. 2911. u. 2912. u. 2913. u. 2914. u. 2915. u. 2916. u. 2917. u. 2918. u. 2919. u. 2920. u. 2921. u. 2922. u. 2923. u. 2924. u. 2925. u. 2926. u. 2927. u. 2928. u. 2929. u. 2930. u. 2931. u. 2932. u. 2933. u. 2934. u. 2935. u. 2936. u. 2937. u. 2938. u. 2939. u. 2940. u. 2941. u. 2942. u. 2943. u. 2944. u. 2945. u. 2946. u. 2947. u. 2948. u. 2949. u. 2950. u. 2951. u. 2952. u. 2953. u. 2954. u. 2955. u. 2956. u. 2957. u. 2958. u. 2959. u. 2960. u. 2961. u. 2962. u. 2963. u. 2964. u. 2965. u. 2966. u. 2967. u. 2968. u. 2969. u. 2970. u. 2971. u. 2972. u. 2973. u. 2974. u. 2975. u. 2976. u. 2977. u. 2978. u. 2979. u. 2980. u. 2981. u. 2982. u. 2983. u. 2984. u. 2985. u. 2986. u. 2987. u. 2988. u. 2989. u. 2990. u. 2991. u. 2992. u. 2993. u. 2994. u. 2995. u. 2996. u. 2997. u. 2998. u. 2999. u. 3000. u. 3001. u. 3002. u. 3003. u. 3004. u. 3005. u. 3006. u. 3007. u. 3008. u. 3009. u. 3010. u. 3011. u. 3012. u. 3013. u. 3014. u. 3015. u. 3016. u. 3017. u. 3018. u. 3019. u. 3020. u. 3021. u. 3022. u. 3023. u. 3024. u. 3025. u. 3026. u. 3027. u. 3028. u. 3029. u. 3030. u. 3031. u. 3032. u. 3033. u. 3034. u. 3035. u. 3036. u. 3037. u. 3038. u.